

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Ungültigkeit der Berliner Stadtverordnetenwahlen?

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Verfassungsausschuss des preussischen Staatsrates beschäftigte sich gestern mit der Frage, ob die Notverordnung, auf Grund deren die Berliner Stadtverordnetenwahlen vorgenommen wurden, gültig sei. Die bürgerlichen Parteien sollen sich für die Ungültigkeit der Notverordnung ausgesprochen haben. Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses schlug Einholung von Rechtsgutachten vor. Der preussische Staatsrat soll in einer Plenarsitzung dazu Stellung nehmen. Von amtlichen Stellen wird aber darauf hingewiesen, daß nach Artikel 55 der preussischen Verfassung nicht der Staatsrat, sondern der Landtag Verordnungen, wie die Notverordnung, zu genehmigen hätte.

Der Berliner Magistrat bleibt sozialistisch.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Freiheit mitteilt, bleibt der Berliner Magistrat in seiner Mehrheit sozialistisch, weil mit dem Bürgermeister Ritter zehn Sozialisten auf 12 Jahre gewählt wurden. Den vier unbesoldeten bürgerlichen Stadträten stehen acht unbesoldete sozialistische Stadträte gegenüber. Es kann sich also bei diesen nur um eine kleine Verschiebung handeln. Die sozialistische Mehrheit im Magistrat bleibt bestehen, selbst wenn an Stelle von vier sozialistischen Stadträten bürgerliche gewählt werden sollten.

Die Separationsbestrebungen in Tirol.

München, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Am 13. Oktober fanden in Innsbruck Besprechungen zwischen bayrischen und Tiroler Separatisten statt. Die Münchner Neuesten Nachrichten behaupten, daß es sich dabei lediglich um eine Besprechung von Maßnahmen gehandelt habe, die für die Aufrechterhaltung der Ernährung und Versorgung Tirols im Falle einer Wirtschaftskatastrophe zu treffen seien. Die karlsfelder Wiener Montagzeitung meldet dagegen gestern, daß eine Kommission mit der Tiroler Landesregierung und der Heimatwehrleitung am 13. Oktober verhandelt habe und daß dieser Kommission auch der frühere Münchner Polizeipräsident Böhmner und einige seiner Mitarbeiter angehört hätten. Gegenstand der Beratungen sei die Separation Tirols gewesen. Man habe von einem Anschluß an Bayern oder Deutschland vorläufig Abstand genommen, dagegen im Sinne der Pläne von Dr. Steidle (Führer der Tiroler Heimatwehr) beschlossen, zur Auslösung der selbständigen Republik Tirol zu streben. Die Wahl des Zeitpunktes soll von der Gestaltung der oberösterreichischen Verhältnisse abhängen. Einzelheiten militärischer und administrativer Art wurden für die Aktion sowohl für Bayern als auch für Tirol festgelegt, u. a. wurde beschlossen, als neue Währung die Tiroler Krone einzuführen. Die Münchner Neuesten Nachrichten behaupten, daß die Wiener Werbung den Beratungsgegenstand der Besprechung nicht richtig wiedergebe, sie wagen es aber nicht, die Anwesenheit Böhmners in Innsbruck abzuleugnen. Zum Schluß sagt das Münchner Blatt: „Ob und wann es nötig werden kann, die Unabhängigkeit Tirols zu verkünden, das ist eine Frage, die weniger in Innsbruck als in Wien zu beantworten ist. Daß man im Falle eines Auseinandergehens auch bemüht sein wird, den Tirolern eine bessere Währung zu schaffen, als die österreichische Krone von heute, versteht sich von selbst.“ Mit dieser Schlussbemerkung geben die Münchner Neuesten Nachrichten den aus Wien gemeldeten Tatbestand zu.

Ein bayrischer Adellentag.

München, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern fand in München der erste bayrische Adellentag statt, der, wie in München üblich, zu einer militärischen, monarchistischen Feier ausstattet wurde. General Graf von DeImensingen hielt eine militärische Rede, Kronprinz Ruprecht sandte aus Unsen ein Telegramm, Prinz Leopold und Alphon waren bei der Feier anwesend. Der monarchistische bayrische Kultusminister Dr. Matz durfte natürlich nicht fehlen. Auffällig war, daß auch der bayrische Ministerpräsident Berchthold sich an der Feier beteiligte.

Nationalistische Ausschreitungen in München

München, 18. Oktober. (M.) Am Sonntagnachmittag wurden in Altheimered zwei große Schaufenster des Verlagsgeschäftes der Firma Birk u. Co. (Münchner Post) mit Steinen zertrümmert, ein weiteres Fenster schwer beschädigt. Die Täter sind vermutlich Nationalsozialisten, die in größerer Zahl von der Versammlung im Wagner-Saale aus nach Altheimered marschiert waren.

Ein Reparationsabkommen mit England?

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Daily Mail mitteilt, finden augenblicklich zwischen dem englischen Auswärtigen Amt und der deutschen Regierung Verhandlungen statt über die Form, in der Deutschland in diesem Jahre seinen Reparationsverpflichtungen gegenüber England nachkommen soll. Minister Rathenau habe in London den Vorschlag gemacht, die Zahlung der 47 Millionen Pfund Sterling teilweise durch Sachleistungen abzugelten, und dieser Vorschlag bilde den Gegenstand der Besprechungen.

Die Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuss.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Auch die gestrige Sitzung des interfraktionellen Ausschusses brachte kein Ergebnis. Es steht noch nicht fest, ob die Regierung demissionieren wird, da die bürgerlichen Parteien sich nicht darüber ausgesprochen haben. Ebenso ist auch in der Steuerfrage kein Fortschritt zu verzeichnen, da keine bestimmten Angaben über die Kredithilfe der Industrie vorliegen. Heute wird weiter verhandelt werden.

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 17. Oktober. (M.B.) Die nächste Sitzung des Reichstages ist für Donnerstag, den 20. d. M., in Aussicht genommen. Am Donnerstag finden auch eine Sitzung des Reichstages und Sitzungen verschiedener Fraktionen statt.

Der Parteitag der Stinnespartei verschoben.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat, wie der Vorwärts mitteilt, beschlossen, mit Rücksicht auf die durch die Entscheidung über Oberschleichen herbeigeführte politisch-parlamentarische Lage den auf den 24. Oktober in Stuttgart anberaumten Parteitag vorläufig zu verschieben.

Ausperrung im Berliner Zeitungsgewerbe.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die bürgerlichen Blätter Berlins sind heute nicht erschienen. Es handelt sich um eine Ausperrung von Seiten der Unternehmer als Solidaritätsaktion gegenüber der Firma Mosse, in der einige Tage gestreikt wird. Freiheit, Vorwärts und Rote Fahne sind erschienen.

Aufklärung über den Anschlag auf Stresemann?

Die Stinnesche Telegraphen-Union berichtet aus Lüdenscheid: Nach einer Meldung der Polizeiverwaltung von Lüdenscheid ist es gelungen, den Täter des auf Dr. Stresemann in der Stadthalle von Lüdenscheid anlässlich des dortigen Parteitages der Deutschen Volkspartei erfolgten Anschlags sowie vier Helfer zu verhaften. Es wurden zunächst am 15. Oktober die Mitäter verhaftet, auf deren Spur man durch den Verkauf einer Pistole gekommen war. Aus den Aussagen der Verhafteten hat sich dann ergeben, daß der Attentäter ein gewisser Schmidt ist, der zur Zeit vier Monate Gefängnis wegen Diebstahls verbüßt. Der Attentäter und seine vier Helfer sind eingetragene Mitglieder der kommunistischen Partei. An dem politischen Charakter des Attentats kann demnach kein Zweifel bestehen.

Der griechische Generalstab in Smyrna.

Konstantinopel, 17. Oktober. Der griechische Generalstab hat nach Meldungen aus Kleinasien seinen Sitz von Eskischir nach Smyrna verlegt. Diese Nachricht scheinen andre Meldungen zu bestätigen, nach denen die Lage der griechischen Armee immer bedrohlicher wird, während Kemal Pascha seine Armee dauernd zu kräftigen imstande sei. Auf die bedrohliche Lage der Griechen in Kleinasien ist wahrscheinlich auch folgende Meldung zurückzuführen:
Athen, 17. Oktober. (M.) Einem Wünsche der griechischen Regierung folgend, hat Vriand durch den griechischen Geschäftsträger in Paris der Athener Regierung mitteilen lassen, er sei bereit, den Ministerpräsidenten Sunaris und den Außenminister Baltazis in der Zeit zwischen dem 19. und 22. d. M. in Paris zu empfangen. Die beiden griechischen Staatsmänner werden infolgedessen unverzüglich nach Paris abreisen. Sie gedenken sich von dort aus nach London zu begeben und wollen auf der Rückreise kurzen Aufenthalt in Rom nehmen. Die Pariser Reise der leitenden Männer der Athener Regierung steht in engstem Zusammenhange mit dem lebhaftesten Friedenswunsche Griechenlands.

Den Griechen brennt das Feuer unter den Nägeln. Sie suchen den Frieden mit Kemal Pascha, um das zu halten, was sie gegenwärtig noch in ihrem Besitz haben. Dazu haben sie die Vermittlung Frankreichs nötig, das allein imstande ist, auf den Führer der türkischen Nationalisten eine entsprechende Einwirkung auszuüben.

Ein Warnsignal.

Von Rud. Breitscheid.
Das amtliche Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen vom Sonntag liegt noch nicht vor. Die Ziffern, die die verschiedenen Zeitungen bringen, weichen zum Teil sehr stark voneinander ab. Aber es kann sich nichts mehr an der betrübenden Tatsache ändern, daß die sozialistische Herrschaft in Groß-Berlin gebrochen ist. Die bürgerlichen Parteien werden ungefähr 25 000 Wähler mehr auf die Beine gebracht haben, als die drei Arbeiterparteien, und die Zahl ihrer Mandate dürfte die der Sozialisten um 2 bis 5 übersteigen.

Gegenüber den Kommunalwahlen vom 20. Juni 1920 haben die Deutschnationalen sehr beträchtlich und die Rechtssozialisten etwa 50 000 Stimmen gewonnen. Alle anderen Gruppen sind zurückgegangen. Für Unabhängige und Kommunisten läßt sich der Vergleich mit dem Juni 1920 nicht durchführen, weil diese beiden Parteien damals noch zusammen gehörten. Zieht man die preussische Landtagswahl vom 20. Februar 1921 heran, so ergibt sich das folgende Bild:

	Landtagswahl	Kommunalwahl
Unabhängige:	336 013	318 206 (es fehlt noch ein Kreis)
Kommunisten:	100 957	157 013 (es fehlt noch ein Kreis)
Bei den bürgerlichen Parteien gestakkt sich das Verhältnis, wenn wir die für sie günstigsten Ziffern in Ansatz bringen, so:		
	Landtagswahl	Kommunalwahl
Deutschnationale:	345 015	310 603
Deutsche Volkspartei:	305 744	255 962
Wirtschaftspartei:	100 106	88 531
Deutschnationale:	—	27 517
Zentrum:	73 200	61 259
Demokraten:	149 461	122 673
Rechtssozialisten:	431 630	343 947

Als einen Erfolg dürfen wir also buchen, daß von den drei sozialistischen Gruppen die Unabhängigen gegenüber dem Februar dieses Jahres verhältnismäßig am wenigsten eingebüßt haben, und daß ihre Verluste auch hinter denen der Rechtsparteien zurückstehen. Das mag mit dem Görlitzer Beschluß und mit der inneren Zerrissenheit der Kommunisten zusammenhängen, aber wir können uns nicht bei diesem Trost beruhigen. Die Arbeiterbewegung als Ganzes hat bei den Wahlen eine Niederlage erlitten, und es wäre falsch, das zu verheimlichen oder zu beschönigen.

Nur nach den Gründen dürfen wir forschen. Die Bürgerlichen haben eine ungeheure Agitation entfaltet, bei der sie von dem in der letzten Zeit an Zahl ständig wachsenden kapitalistischen Organen Berlins wirksam unterstützt wurde. Es ging ihnen darum, die sozialistische Mehrheit zu beseligigen, bevor sie Zeit und Möglichkeit gefunden habe, sich zu bewähren. Alle die Schwierigkeiten, die der Stadt durch den Krieg und seine Folgen erwachsen waren, wurden der „Unfähigkeit“ der Arbeitervertreter und der „Mishwirtschaft“ des Sozialismus in die Schuhe geschoben. Den Angreifern war keine Mühe zu gemein und keine Niederträchtigkeit zu infam, um sie nicht im Kampfe gegen die verhasste Mehrheit zu verwenden. Sie verstanden den Eindruck von einer ungeheuerlichen Korruption in der Kommune zu erwecken, und auf diese Weise viele, die in der Regel den Kommunalwahlen fernbleiben, auf die Beine zu bringen.

Aber auch Arbeiter müssen zu ihnen überlaufen sein. Man hat sie eingefangen, indem man alle Not und alles Elend auf die Sozialisten und auf die Revolution zurückführte. Täuschen wir uns nicht darüber, daß diese Methode auch bei zahlreichen Proletariern und besonders Proletarierfrauen ihre Wirkung nicht verfehlt. Der einfache Hinweis auf die gegenüber 1914 gestiegenen Preise genügt bei Denkfähigen und Denksaulen, um die Sehnsucht nach der Rückkehr der früheren politischen Zustände zu erwecken.

Dabei haben sicher die Kommunalangelegenheiten für den schließlichen Ausgang die geringste Rolle gespielt. Es war in Wirklichkeit eine politische Wahl, und es gab keine Partei, die sie nicht als solche ansah. In den Versammlungen wurde in der Regel weit mehr von den Dingen im Reich, als von den Dingen in Berlin geredet. In Berlin sollte die Probe aufs Exempel gemacht werden, Berlin galt als das Barometer, an dem sich die Stimmung des gesamten deutschen Volkes ablesen ließ.

Wenn die Probe zugunsten der Bürgerlichen und in allererster Linie zugunsten der Deutschnationalen ausgefallen ist, so können diese sich nicht zuletzt beim Völkerverbundsrat in Genf bedanken, dessen Entscheidung kurz vor dem Wahltag bekannt wurde. Die Nationalisten benutzten sie zu einer neuen Hebe gegen das gegenwärtige politische System, und manch einer, der den bürgerlichen Stimmzettel am Sonntag abgegeben hat, wollte nicht sowohl gegen den Berliner Stadtrat, als vielmehr gegen die Wahl, gegen die Berliner Koalition und gegen die Republik protestieren.

In einem Teilabschnitt hat die große Offensive der Reaktion ihre Erfolge errungen. Ihr Mut wird wachsen. Vielleicht hat der Sozialismus die Stärke der Gegner unterschätzt. Sicher hat er bisher nicht alles getan, um ihnen auf dem Felde, auf das sie ihre Kraft konzentrieren, wirksam zu

begegnen. Er stört die Arbeiter bei weitem nicht genug über die großen Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft auf. Es fehlt an dem Material, mit dem unsere Redner und Agitatoren der Rechten wirksam entgegenzutreten können, wenn sie den ökonomischen Zusammenbruch auf die Revolution und auf unsere angebliche Schwäche gegenüber der Entente zurückzuführen. Ueber die wahren Gründe für die Entwertung des Geldes, über die Höhe der Reparationslasten, über die Frage, wie der Staatshaushalt durch Steuern ins Gleichgewicht zu bringen sei und wie die Arbeiterklasse von dem Druck der Wiederherstellungspolitik befreit werden kann, fehlt es in unseren Reihen an der nötigen Kenntnis. Wir müssen uns mehr mit diesen Gegenständen beschäftigen. Wir müssen die schwierigen Geld- und Finanzprobleme, wir müssen auch die Angelegenheiten der Außenpolitik mehr und eingehender als bisher diskutieren, um dem Feind auf den Gebieten, auf denen er uns zur Zeit am gefährlichsten zu werden droht, wohlgegründet entgegenzutreten zu können.

Aber bei alledem darf eins nicht vergessen werden: den größten Teil der Schuld an der Niederlage trägt die Uneinigkeit der Arbeiterklasse. Die Rechnung, die man hier und da aufstellen sieht, daß drei sozialistische Parteien mehr Anziehungskraft ausüben als eine, ist falsch. Den Proletariern fehlt heute das große Ideal, das ihnen vordem in der Sozialdemokratischen Partei verkörpert war. Tausende haben sich unwillig von den Organisationen abgewandt, in denen man lange genug nichts Besseres zu tun wußte, als Waffen für den Bruderkampf zu schmieden. Tausende sind, weil die Zersplitterung sie am Sozialismus zweifeln ließ, in das Lager der Gegner abgelenkt. Nur von unten, nur auf dem Wege über die Erkenntnis und den Willen der Massen kann die Besserung kommen. Hoffen wir, daß die Erfahrungen vom Sonntag dazu beitragen, eine neue Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes vorzubereiten. Der Umstand, daß die Unabhängigen verhältnismäßig besser abgeschnitten haben als Rechtssozialisten und Kommunisten, kann dabei nicht unbeachtet bleiben.

Der Dollar gleich 195 Mark.

Das Valutathermometer schießt empor, wie die Temperatur eines Kranken, der sich der Krise nähert. In den Tagen vor der Bekanntgabe des Genfer Beschlusses stand der Dollar mit geringen Schwankungen längere Zeit auf 122. Als die ersten Meldungen über die getroffene Entscheidung bekannt wurden, schneelte er auf 132, dann 140, um am Sonnabend eine Höhe von 149 zu erreichen. Am Montag vormittag schloß in New York eine neue Haufe ein, derzufolge der Dollar auf 165 und weiterhin auf 185 stieg. Der Kurs von 185 wurde am 11. Juli notiert, aber die Nachfrage ging auch nach Börsenschluß weiter, so daß nach 10 Uhr ein Aufstieg auf 195, später sogar auf 200 und darüber verzeichnet wurde. Damit hat der Dollar eine bisher ungeahnte Höhe eingenommen und die Rückwirkung auf das deutsche Wirtschaftstreiben ist vorläufig nicht abzusehen.

Es entsteht die Frage, wie war es möglich, daß der Kurs in einem Zeitraum von kaum acht Tagen einer so gewaltigen Veränderung unterlag? Gewiß, die Entscheidung in Oberschlesien ist für Deutschland eine nicht günstige, aber nur Leute, die mit den politischen Verhältnissen völlig un vertraut waren, konnten annehmen, daß die Entscheidung in Genf voll und ganz zugunsten Deutschlands getroffen werde. Der Einfluß der Franzosen in den Reihen der Alliierten ist bekannt und es stand fest, daß sie alles versuchen würden, um die Entscheidung in Oberschlesien zugunsten der polnischen Interessen herbeizuführen. Zwar ist der Wortlaut des Genfer Beschlusses noch immer nicht bekannt, aber er wird an den bisher veröffentlichten Tatsachen nichts mehr ändern. Der weitaus größte Teil des ober-schlesischen Industriegebietes wird in die Hände der Polen fallen, immerhin aber werden die Polen erst nach einem Zeitraum von 15 Jahren in den vollständigen wirtschaftlichen Besitz des ober-schlesischen Industriegebietes gelangen. Nach den wirtschaftlichen Abmachungen, die der Völkerbund zwischen Deutschland und Polen vorbereitet, bleibt die wirtschaftliche Hegemonie Deutschlands vorläufig bestehen, so daß zunächst eine Befürchtung, daß Deutschland durch das Abkommen über Oberschlesien in der Erfüllung seiner Verpflichtungen wesentlich gehemmt würde, nicht besteht. Daraus also ist das gewaltige Ansteigen des Dollars nicht allein zu erklären, es scheint, daß andere Vorgänge hier ihre Schatten vorauswerfen. Die Entscheidungen, denen sich Deutschland hat

früher unterwerfen müssen, waren von viel einschneidenderer Natur, so in den Tagen des Londoner Ultimatum und in der Zeit der Anerkennung des Vertrags von Versailles. Damals war kein so rapides Ansteigen des Dollars zu verzeichnen.

Das jetzige Ansteigen muß vielmehr andere Gründe haben. Es ist von nicht geringem Interesse, daß der Dollar einen so sabelhaften Aufstieg nahm in denselben Stunden, als sich die Nachricht von einer neuen Regierungskrise in Deutschland zu immer größerer Wahrscheinlichkeit verdichtete. In der vergangenen Woche erklärte Dr. Wirth im Auftrage des Gesamtkabinetts, daß es zunächst nicht daran denke, zurückzutreten. Am Sonnabend und Sonntag verdichteten sich die Meldungen, daß in den Reihen des Reichskabinetts erneut ein Umschwung zu verzeichnen sei, der seinen Niederschlag in der gestrigen Mitteilung fand, daß eine Krise unmittelbar bevorstehe. Tatsächlich verhandelte gestern der interfraktionelle Ausschuss im Reichstage über die Neu- bzw. Umbildung der Regierung. Es scheint zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen zu sein, die zunächst nur dahingehend zusammenzufassen sind, daß das Kabinett Wirth in seiner jetzigen Verfassung zweifellos vor dem Ende steht. Die Demokraten sind auf ihre alte Demonstrationspolitik zurückgekommen und auch der rechte Flügel des Zentrums scheint nicht zuverlässig zu sein. Der Sturz des Kabinetts Wirth steht demzufolge in Erwartung, obwohl die Rechtssozialisten alles tun, um Wirth zu halten. Der Vorwärts beschäftigt sich mit den Verhandlungen, die gestern im Reichstage gepflogen wurden und kommt zu dem Ergebnis, daß auch eine neue Regierung nicht anders handeln könne, als die Regierung Wirth gehandelt habe.

„Daraus“, sagt der Vorwärts, „geht hervor, daß die Sozialdemokratie eine Veränderung des außenpolitischen Kurses nicht mitmachen kann. Soll sie herbeigeführt werden, so müssen wir dafür sorgen, daß die Verantwortung für sie ausschließlich auf die Schultern derer fällt, die sie gewünscht haben. Ebenso kann die Sozialdemokratie auf keinen Fall einer Regierung angehören, die ihren innerpolitischen Kurs weiter nach rechts dreht. Lassen sich für eine Politik des verstärkten Schutzes der Republik und des sozialen Fortschritts neue zuverlässige Stützen gewinnen, so kann uns das nur recht sein. Eine nach rückwärts gerichtete Entwicklung wird die Sozialdemokratie auf keinen Fall mitmachen. Und ebensowenig ist von ihr zu erwarten, daß sie sich an einer Steuerpolitik beteiligen wird, die es unterläßt, für die Heranziehung des Besitzes zu den Lasten des Reiches realistische Garantien zu bieten.“

Auf keinen Fall soll man sich darauf verlassen, die Sozialdemokratie werde, wenn die Not offenbar werde, schon wieder einspringen. Wenn durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien eine Notlage geschaffen wird, dann mögen sie auch die Mittel der Abhilfe schaffen.“

Die Haltung des Vorwärts ist einigermaßen befremdlich unter Hinblick auf den Beschluß von Görlich. Wenn heute die Leute um Stamper angesichts der Treibereien gegen Wirth den bestreuten Lohgerber spielen, dann muß ihnen schon gesagt werden, daß die Rechtssozialisten die ersten waren, die durch den Beschluß von Görlich die Art an das Kabinett Wirth legten.

Gelingt es den bürgerlichen Parteien, das Kabinett Wirth zu Falle zu bringen, dann werden die Rechtssozialisten zwar nicht Abstinenz treiben, wie der Vorwärts droht, aber der Beschluß von Görlich wird zur Tatsache werden, Stinnes wird seinen Einzug in das Reichskabinett halten. Damit aber würde die Stellungnahme zu den Beschlüssen von Genf eine außerordentlich fragwürdige. Die Volkspartei hätte den nationalistischen Strömungen in ihren Kreisen und denen der Deutschnationalen Rechnung zu tragen, so daß dabei höchst zweifelhaft wäre, ob das wirtschaftliche Abkommen zwischen Polen und Deutschland zur Annahme gelangt. Polen wird zur Ratifizierung ohne weiteres bereit sein. Treibt aber die kommende deutsche Regierung eine nationalistische Abstinenzpolitik, dann werden sich nicht nur die Verhältnisse in Oberschlesien, sondern auch in ganz Deutschland außerordentlich schwierig gestalten. Die Gefahren, die durch einen derartigen Kurs drohen spiegeln sich in dem erneuten plötzlichen Ansteigen des Dollars unmittelbar wider.

Die Hohburg der deutschen Konterrevolution.

Von unserm Münchener Korrespondenten wird uns geschrieben: Seit dem Kapp-Putsch im März 1920 hat sich in Bayern ein Zentrum der monarchischen Restaurationsbewegung gebildet, das unter der Regierung Kahr sich frei entfalten konnte. Der Regierungswechsel in Bayern, der dem Grafen Lerchenfeld die Verantwortung für die bayerische Politik übertrug, hat zwar eine wesentliche Entspannung der Beziehungen zwischen Bayern und der Reichsregierung gebracht, aber der gute Wille des neuen

Ministerpräsidenten allein genügt nicht, um das Treiben der Konterrevolutionäre unschädlich zu machen, wenn die Kraft fehlt, dem Willen auch die Tat folgen zu lassen. Die dem Ministerpräsidenten untergeordneten Behörden arbeiten noch im gleichen Sinne wie unter der Regierung Kahr. Die Gerichte fällen weiter Klassurteile, der Staatskommissar von München wendet die Reichsverordnung, die gegen monarchistische Feinde der Reichsjustiz und gegen ihre Vorberichterstellungen erlassen wurde, gegen die Presse der Unken an und in der Münchener Volksgeliebten sitzen die Vertrauensleute der reaktionären Terrorgruppen noch in verantwortungsvollen Ämtern. Die Staatsanwälte gehen nicht gegen strafbare Handlungen der Rechtsjustizisten vor und die Völkervereinigung des Freikorps „Oberland“ ist immer noch nicht unschädlich gemacht. Der Kommandant der bayerischen Reichswehr, General Epp (der mit seinen weißen Gardem im Mai 1919 München „oberle“), befiehlt seinen Truppen die Teilnahme an monarchischen Demonstrationen und die bayerischen bewaffneten Geheimorganisationen der Reaktion stehen nach wie vor in enger Fühlung mit ihren Schwesterorganisationen in Tirol, die nur den günstigen Augenblick abwarten, um aktiv aufzutreten.

So ist trotz des Regierungswechsels in Bayern der politische Kurs durch die Sabotage der unteren Behörden der gleiche geblieben. Die letzten Enthüllungen der Münchener Post über das Freikorps „Oberland“ haben gezeigt, daß diese Organisation mit ihrem Spionage- und Mordapparat vor keinem Verbrechen zurückbleibt, wenn sie damit ihre reaktionären Ziele fördern kann. Diese Enthüllungen zeigten aber auch, daß das Freikorps „Oberland“ gerade deshalb so aktiv sein kann, weil es die intimsten Beziehungen zu staatlichen Behörden besitzt und von Zuntzen und Großindustriellen mit großen Geldsummen unterstützt wird. Bereits im November dieses Jahres war in Bayern ein monarchischer Putsch geplant und die Monarchisten in Tirol wollten diesen günstigen Augenblick benutzen, um ihre Loslösungsgedanken von Österreich zu verwirklichen. Die Tiroler Heimwehr, die über rund 10 000 Gewehre, über viele Maschinengewehre und Geschütze verfügt, sollten in Tirol die Bewegung stützen und Verstärkung aus Bayern war bereits zugesagt. Der Sturz der Regierung Kahr in Bayern hat diesen Plan vorläufig zunichte gemacht. Es sind aber auch andere Schwierigkeiten entstanden, die in der Uneinigkeit der Monarchisten in Tirol begründet sind. Dort sind die Gegensätze zwischen den Anhängern der Habsburger und der Wittelsbacher noch zu groß, als daß man jetzt schon zu einer einheitlichen monarchistischen Aktion gekommen wäre.

In Bayern geben sich die Monarchisten nach außen hin den Anschein, als lehnten sie jeden Gewaltstreich ab. Sie erklären stets, daß sie glauben, das bayerische Volk auf „verfassungsmäßigem Wege“ wieder zur Monarchie zurückzuführen zu können. Jede sich bietende Gelegenheit wird benutzt, um für den monarchischen Gedanken Propaganda zu machen. Der bayerische Kronprinz Rupprecht tritt in der letzten Zeit immer wieder in München bei nationalistischen Feiern auf und durch geschickte Regie wird stets dafür gesorgt, daß ihn „stämmliche Hochrufe umbrauen“. Am 9. Oktober fand in München ein Trauer- und Opfertag für die Gefallenen im Weltkrieg und ihre Hinterbliebenen statt. Diese an sich harmlose Feierlichkeit wurde zu einer militäristisch-monarchistischen Demonstration gemacht. Alle nationalistischen Vereinigungen, Kriegervereinigungen, Offiziersvereinigungen aller Schattierungen usw. beteiligten sich an der auf dem Königsplatz stattfindenden Feier. Es ist der gleiche Platz, auf dem im Vorjahre der Landeshauptmann der Einwohnerwehr, Herr Eckerich, seine Selbstschußorganisationen die Gewehre zum Schwur erheben ließ. Selbst dem Festredner, Kardinalerzbischof von Faulhaber, war das militäristische Gepräge der Veranstaltung zu klar und er sprach in seine Gedankensprache den Satz ein: „Wollen wir hoffen, daß die heutige Feier nicht als militäristische Feier, nicht als Bedrohung des europäischen Friedens aufgefaßt wird.“ Er hatte allen Anlaß zu dieser Verurteilung, denn die gesamte in München garnisonierende Reichswehr war im Stahlfeld erschienen. General Ludendorff und andre Generale, Kronprinz Rupprecht, Prinz Leopold (der Erbe von Warshau), wohnten in voller Feldmarschalluniform der Feier bei, und zum Abschluß der Feier fand ein Vorbereitungs- und Truppenmarsch der gesamten Münchener Reichswehr vor Kronprinz Rupprecht und Prinz Leopold statt, die den Paradeplatz mit dem Marschallstab in der Hand abnahmen. Die Münchener Presse geriet darüber in einen Begeisterungssturm. Eine Probe davon, wie lebendig der militäristische Geist in Bayern noch ist, zeigt folgende Stelle aus dem Bericht der Münchener Neuesten Nachrichten: „Der Trauertag folgte ein Vorbereitungs- und Truppenmarsch vor den Feldmarschällen Kronprinz Rupprecht und Prinz Leopold. Und da gab es lebhaftig wieder einen regelrechten Paradezug, der den Boden erhellte, festangelegte Hände, stramm gewendete Köpfe und blühend gerichtete Augen unterm Stahlfeld. Wer das Militär liebt, schon seiner eifrig und stilschweigend erzieherischen Bedeutung halber, der konnte seine Freude haben an diesem Bild.“ Das ist ein wahrer Hymnus auf den Militarismus, und die Sehnsucht nach der Wiederkehr seiner eifernen Herrschaft klingt durch jede Zeile. Mit Befriedigung meldet das Blatt dann noch, daß die Mitglieder der Familie Wittelsbach bei ihrer Ankunft und Abfahrt von vielen Hochrufen begrüßt wurden.

Man erinnere sich, daß erst vor kurzem bei der Regimentsfeier des ehemaligen Leibregiments der Wittelsbacher eine ähnliche Demonstration in München stattfand. Und jetzt, unmittelbar

Ein frühes Kapitel rechtssozialistischer Kriegspolitik.

Adolf Köster, Rechtssozialist, seiner Zeit Kriegsberichterstatter an der Westfront, hat im Verlag für Politik und Wirtschaft G. m. b. H. Berlin W. 35 eine Broschüre erscheinen lassen, in der er nachweist, daß die deutschen Truppen im Herbst 1918 vernichtend geschlagen wurden, so daß sie nicht weiter kämpfen konnten. Herr Köster hat aber in den letzten Kriegsmontaten in seinen Berichten aus dem Felde der deutschen Bevölkerung etwas ganz anderes erzählt, was die folgende Gegenüberstellung beweist:

- | | |
|--|--|
| <p>Aus der Broschüre von Adolf Köster. Konnten wir im Herbst 1918 weiterkämpfen? ... An diesem 18. Juli wurden wir zum ersten Male entscheidend geschlagen ...</p> | <p>Kudens Kriegsberichten von Adolf Köster, erschienen im Vorwärts, 21. Juli (Vorwärts-Nr. 200). Die letzte kritische Woche schließt immer noch mit einem deutschen Plus ab. 26. Juli (Vorwärts-Nr. 205). Hochs neue Methode wird, wie alle anderen bisherigen, bald veraltet sein ... 27. Juli (Vorwärts-Nr. 206). Alle Gegenstände selbst kleinster deutscher Stütztruppen haben Amerikanern gegenüber bisher zum Erfolg geführt. 2. August (Vorwärts-Nr. 212). Die militärischen Ereignisse zwischen Lione und Marne vollziehen sich weiter nach dem Diktat der deutschen Führung. 11. August (Vorwärts-Nr. 221). Wenn auch sonst die Schlacht kaum definitiv zum Stehen gekommen</p> |
|--|--|

Die dritte aus den Zusammenhängen klar erkennbare große deutsche Niederlage ist diejenige vom 21. und 22. August.

Vor allem durch den Druck der Zahl von Mensch und Gerät hat Hoch die Deutschen zermalmt

ist, so hat sie doch einen Charakter angenommen, der auf ein nahes Verlegen der gegnerischen Energie schließen läßt.

13. August (Vorwärts-Nr. 224). Bis heute sind durchweg alle diese Angriffe blutig zusammengeschossen und trotz ihrer freien Beweglichkeit steht die deutsche Feldlinie fest wie irgendeine Stellungsfrent.
28. August (Vorwärts-Nr. 238). ... An diesem Ziel gemessen, bedeuten auch die gestrigen Kämpfe, deren Schwerpunkt föhlich der Scarpe lag, eine glatte Niederlage des Feindes ... Einige Trümmerstätten ... gaben wir preis, andere ... ertrampften wir entschlossen zurück, überall das einzige Ziel im Auge haltend, den Feind sich verbluten zu lassen ... Bis heute hat der Gegner an der ganzen Front nirgends einen entscheidenden Erfolg erzwingen können.
30. August (Vorwärts-Nr. 241). Der gestrige Tag hat die übermütigen Hoffnungen der Franzosen blutig zerschlagen und klar bewiesen, daß die deutsche Front nur da Gelände preisgibt, wo die Führung, die mit der Zukunft rechnet, es erlaubt.
27. Sept. (Vorwärts-Nr. 268). Der amerikanische Vorstoß zwischen den Argonnen und der Maas bleibt ein Teilerfolg des Verbandes am gestrigen Tage. Doch

besteht keine Gefahr, daß er sich zu irgendeinem der von Hoch geplanten strategischen Gefahr ausmüht.

28. Sept. (Vorwärts-Nr. 270). Die Tatsache, daß wir an den meisten Fronten rückwärtige Stellungen bezogen, ist nicht maßgebend für die Beurteilung des Endausganges, ebensowenig wie die Zahl der vom Feinde gemeldeten Gefangenen ... Hauptfrage ist und bleibt aber, ob und daß die lebendige Widerstandslinie der deutschen Front so lange hält, bis der Gegner einsehen, daß die deutsche Front unzerbrechlich bleibt und daß unser Abwehrwille durch die drohenden Gefahren nur gekräftigt werden kann.

Adolf Köster hat damals als der treue Gehilfe Ludendorffs amtiert. Während zu Hause seine Freunde Ebert und Scheidemann täglich versicherten, es handle sich um einen Verteidigungskrieg, schrieb Herr Köster von der „unzerbrechlichen deutschen Front“. Er meint in seiner Broschüre, in andern europäischen Ländern ziehe das Volk nach einer Niederlage seine militärischen und politischen Führer zur Rechenschaft. Demnach muß auch Herr Köster auf die Anklagebank, denn er gehört zu denjenigen, die die Bevölkerung in der größtmöglichen Weise betrogen haben. Möglicherweise hat er Anspruch auf mildernde Umstände, denn er hat wohl nur das dem Vorwärts telegraphiert, was ihm Offiziere in der Feber diktiert haben. Mühten aber Sozialisten eine derart unwürdige Rolle spielen? Vertritt sich das auch mit den Thesen, die seinerzeit der internationale Sozialistengongress zu Stuttgart für den Fall eines Krieges aufgestellt hatte?

nach der Feiertage auf dem Königsplatz, fand am 13. Oktober die Gedächtnisfeier des Max-Joseph-Ritter-Ordens in München statt. Dieser Orden zählt zu seinen Mitgliedern den ganzen alten bayerischen Adel und die ehemalige Königsfamilie Wittelsbach. Unter königlichem Gepränge fand die Feier wie zu Zeiten der Monarchie in der Michaels-Hofkirche statt. Ein aufgestellter Katafalk trug die Wappentafel des Königtums, Kronen, Zepter und Schwert. Alte und neue Kriegstrophäen, Waffen und Rüstzeug waren zur Dekoration aufgestellt. In der Kirche sahen im Chorgestühl Kronprinz Rupprecht, Prinz Leopold und die Prinzen Konrad und Alfons. Zahlreiche hohe Offiziere waren anwesend, darunter die Generale Ludendorff, Graf Bothmer, Epp und andre. Die Musikkapellen der Landespolizei und der Reichswehr bestritten den musikalischen Teil des Festprogramms. Am Schluß der Feier mußte die staatsbeherrschte Reichswehr auf Befehl des Generals Epp wiederum vor dem bayerischen Kronprinzen Rupprecht, den übrigen Mitgliedern der Familie Wittelsbach und vor den Ordensrittern einen Paradezug ausführen. Auch hier hatte die Regie dafür gesorgt, daß das „Volk“ auf Ludendorff und Rupprecht „brausende Hochrufe“ ausbrachte.

Es handelt sich bei diesen Kundgebungen um viel mehr, als um militärische Spielereien. Man will ganz bewußt den militärischen Geist wieder großziehen und den Kronprinzen Rupprecht dadurch in Bayern wieder populär machen, daß man ihn bei jeder Gelegenheit der Münchner Bevölkerung zeigt. Die Demonstrationen werden organisiert, um dem Wittelsbacher vorzuführen, daß in München alles nur auf seine Rückkehr warte, und die reaktionäre Presse tut das Ihrige, um Stimmung für die Wiedererrichtung der Monarchie zu machen. Im Zusammenhang mit dem unterirdischen Treiben der Geheimorganisationen und den Vorgängen in Trol und Weßlingarn, die nicht ohne Beziehung zu der bayerischen Agitation für die Monarchie stehen, sind die Münchner militär-monarchistischen Demonstrationen als sehr ernstzunehmende Symptome zu bewerten. Sie erfordern die äußerste Wachsamkeit des Proletariats.

Die Genfer Entscheidung in Oppeln eingetroffen.

Oppeln, 17. Oktober. (TU.) Die Entscheidung des Völkerbundsrats ist am Sonntag der Interalliierten Kommission durch die Vorschaltkonferenz übermittleit worden. Sie darf jedoch erst in dem Augenblick ihrer Uebersetzung in Berlin und Paris an der obersteinsten Bevölkerung bekanntgegeben werden und wird bis dahin streng geheimgehalten. Immerhin ist mit ihrer Veröffentlichung bis spätestens am Dienstagabend zu rechnen, da auch die Vorrichtungsmaßnahmen der Interalliierten Kommission beendet sein dürften.

Die Besatzungstruppen sind in andauernder Alarmbereitschaft an zentral gelegenen Plätzen zu halten und Transportmittel in so reichlicher Menge bereitzustellen, daß ein Verschleppen und Eingreifen an anderen Stellen sofort erfolgen kann. Die Grenzen sind hermetisch abzuschließen. Ueber Gebiete, in denen Unruhen vorkommen, ist sofort der Belagerungszustand zu verhängen.



Die Teilung Oberschlesiens nach dem „Matin.“ K.L.B. 8433

Der polnische Besatzungsplan.

Kattowitz, 17. Oktober. (TU.) Die polnischen Blätter Oberschlesiens melden heute morgen, daß das Programm des polnischen Oberkommandos zur Besetzung des Polen zufallenden ober-schlesischen Gebiets nunmehr fertig sei. Vier polnische Divisionen, zwei kongresspolnische und zwei neu gebildete ober-schlesische, sind zum Einmarsch längs der ober-schlesisch-polnischen Grenze bereitgestellt. Die Truppen sind in zwei Abteilungen geteilt. Die Ostgruppe steht unter General Tupczewski und wird den östlichen Teil Oberschlesiens besetzen, die Südbande unter Führung des Generals Fiolinski wird in die Kreise Pleß und Rybnik einrücken.

Die S. A. rüstet zur Abreise.

Oppeln, 17. Oktober. (TU.) Bei der Interalliierten Abstimmungskommission in Oppeln und in den Kreiskommissariaten des Abstimmungsgebiets herrscht reges Leben. Ueberall werden die Vorbereitungen für die Abreise getroffen. Große Stöße von Ältern werden verbrannt. Der Abtransport der interalliierten Truppen aus Oberschlesien ist so geplant, daß zuerst die Engländer und Italiener und zum Schluß erst die Franzosen abgefördert werden.

Das wirtschaftliche Abkommen vor der Völkerverkonferenz.

Voraussetzliche Entscheidung am Mittwoch.

Paris, 18. Oktober. (TU.) Die Sitzung der Völkerverkonferenz, die für Montagmorgen anberaumt worden war, hat nicht stattgefunden. Bekanntlich sollte sie einen Entschluß fassen über die Bekanntgabe der Genfer Empfehlung an Deutschland und Polen bezüglich der Teilung Oberschlesiens und die wirtschaftlichen Abkommen. Am Montag haben keinerlei offizielle Verhandlungen stattgefunden. Am heutigen Dienstag wird der französische Vorschlag vorgelegt werden und man kann annehmen, daß am Mittwoch sich die Völkerverkonferenz versammelt wird, um einen definitiven Beschluß zu fassen.

Verbot von Notgeldausgabe.

Der Mangel an Kleingeld hat viele Gemeinden sowohl während des Krieges wie nach Beendigung des Krieges auf den

recht einträglichen Gedanken gebracht, Notgeld herauszugeben. Meist haben diese Gemeinden kein schlechtes Geschick dabei gemacht. Die zahlreichen Notgeldzeichen haben auch in weiten Kreisen der Sammelwut neue Nahrung gegeben. Daraus gehen die Gemeinden Vorteile, so daß sie auch jetzt noch aufs neue Notgeld herausgeben. Nach Ansicht des Reichsfinanzamts ist aber durch die enorme Herausgabe von Kleinmünzen hinreichend Kleingeld im Umlauf, so daß es sich veranlaßt sieht, die Herausgabe von Notgeldzeichen zum Zwecke der Ausnutzung des Sammelwutes eine mißbräuchliche Verwendung von Gelderzeichen zu nennen. Es befinden sich schon jetzt 30 Stück Kleinmünzen pro Kopf der Bevölkerung in Umlauf. Sie würden im Laufe der nächsten Jahre auf 50 Stück pro Kopf gebracht werden. Kleingeldmangel sei daher nicht mehr vorhanden. Aus diesen Gründen kündigt das Reichsfinanzministerium gescheiterliche Maßnahmen gegen die Ausgabe von Notgeld an. Der Reichsrat habe sich bereits für den Entschluß eines gesetzlichen Verbots ausgesprochen. Es sei eine Vorlage zu diesem Zwecke in Ausarbeitung, die demnächst dem Reichsrat und nach Erledigung im Reichsrat dem Reichstage zugehen werde.

Das Kabinett Branling und Sowjetrußland.

Stockholm, 17. Oktober. (TU.) Anlässlich des Zusammentritts des neuen schwedischen Kabinetts veröffentlichte Branling eine Erklärung, in der er unter anderem mitteilt, daß die Regierung beabsichtige, mit der Sowjetregierung zwecks Abschluß eines neuen Abkommens zwischen beiden Ländern zu verhandeln.

Die Arbeiterbewegung in Mexiko.

Ein Vertreter der Confederacion Regional Obrera Mexicana (des mexikanischen Arbeiterbundes), der gegenwärtig zu Informationszwecken Europa bereist, machte über die mexikanische Arbeiterbewegung und die wirtschaftliche Lage in Mexiko interessante Mitteilungen.

Hierzu beträgt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Mexikos 800 000 in 500 Syndikaten, (Kartelle). Da die Gesamtzahl der in der Landwirtschaft und Industrie beschäftigten Arbeiter sich nur auf etwa 2 Millionen beläuft, ist das Organisationsverhältnis ein proportional sehr günstiges. Von diesen 2 Millionen sind ungefähr 800 000 in der Industrie beschäftigt, die übrigen in der Landwirtschaft, was ja auch dem Charakter Mexikos als Agrarstaat entspricht.

Die Industrieunternehmen sind in der Hauptsache solche der Rohstoffgewinnung, wie Del, Blei, Erz, Gold und Silber. Wenig bedeutsam ist die Fertigungsindustrie, obwohl auch hier in den letzten Jahren eine Entwicklung nach aufwärts zu konstatieren ist.

Einer Internationalen sind die mexikanischen Gewerkschaften nicht angegeschlossen. Bis vor zwei Jahren gehörten die mexikanischen Gewerkschaften der panamerikanischen Gewerkschaftsföderation an, die stark unter dem Einfluß Samuel Gompers, des Präsidenten der American Federation of Labor (Gewerkschaftsführers, der beabsichtigt die Auflösung der American Federation of Labor von der Amsterdamer Internationalen bewirkte, weil ihm zu sozialistisch und zu antinationalistisch ist. Auch in den mexikanischen Gewerkschaften ist Gompers' Einfluß noch stark, wenn er auch erfreulicherweise im Schwinden begriffen ist.

Verhältnismäßig stark entwickelt ist die sozialistische Bewegung. Die Zahl der organisierten Genossen beträgt annähernd eine halbe Million. Bei einer Bevölkerungszahl von 10 Millionen wurden etwa 2 Millionen sozialistische Stimmen abgegeben. In den drei Staaten Yucatan, Campeche und Tapanco (Mexiko ist Staatenbund) sind sozialistische Regierungen. In Mexiko City erscheint eine sozialistische Tageszeitung und im Lande noch weitere acht sozialistische Zeitungen. Daneben wird in Mexiko City eine gewerkschaftliche Zeitung herausgegeben.

Auch die Kommunisten haben in Mexiko City ein Organ, das aber wenig Bedeutung hat, da die kommunistische Bewegung in Mexiko bedeutungslos ist trotz der hohen finanziellen Beihilfe, die den mexikanischen Kommunisten von Moskau aus zuteil wird. Die wirtschaftliche Lage der mexikanischen Arbeiter ist wesentlich günstiger als die der europäischen. Arbeitslose sind nicht zu verzeichnen. Nicht zum mindesten ist dies zu danken der Landreform, die im Laufe der vielfachen Revolutionen während der letzten Jahrzehnte durchgeführt wurde. Der Grund und Boden in Mexiko ist nationalisiert. Den Landarbeitern, denen solchen, die Land bebauen wollen, wird solches vom Staat zugewiesen. Allerdings nicht als Eigentum, da das Land Staatsbesitz bleibt. Es ist unveräußerlich, aber der Ertrag des Landes gehört den Bewäandern.

Auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung sind eine Reihe von Fortschritten zu verzeichnen. Der Achtstundentag ist in der Verfassung festgelegt. Mexiko hat auch ein Alters- und Invaliditätsgesetz, dessen Beiträge durch die Arbeitgeber allein aufgebracht werden müssen, indem sie zu der Höhe des jeweiligen Lohnes 10 Prozent an Beitrag für diese Versicherung zahlen müssen. Daneben gibt es noch eine Kranken- und Unfallversicherung.

Wie der Grund und Boden, so sind auch die Oeländereien in Mexiko nationalisiert. Allerdings sehr zum Nachteil der Kapitalisten, so namentlich der nordamerikanischen, die durch die Nationalisierung ihre Ausbeutungs- und Profitmöglichkeiten bedroht sehen und deshalb, im stillen Einverständnis mit den kapitalistischen Kreisen Mexikos, immer wieder darauf drängen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in Mexiko intervenieren und „Ordnung“, d. h. kapitalistische Ausbeutungsfreiheit schaffen soll.

Über gerade diese Interventionsgedenke der Kapitalisten tragen dazu bei, die sozialistische Bewegung in Mexiko zu stärken, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die nächsten Wahlen in Mexiko im Jahre 1924 der sozialistischen Partei den Sieg bringen.

Deutschland.

Die unerfüllten Agrarier.

Ein Zentner Kartoffeln 95 Mark.

Im Thüringischen Landtag interpellierten die drei sozialistischen Parteien wegen des Kartoffelmangels, den die Landwirte unter Führung des Landbundes treiben und durch den die Kartoffelpreise trotz der verhältnismäßig guten Ernte in Thüringen auf 95 Mark pro Zentner emporstiegen. Als der Wirtschaftsminister Frölich in seiner Beantwortung der Interpellation Maßnahmen der Regierung ankündigte, rief ihm der Landbändler Ricmann zu: „Sie (die Beamten der Regierung) sollten nur kommen, wir sind gerettet.“ Das heißt, die Landbändler wollen mit ihren Waffen, die sie überall haben, die Beamten davonjagen.

Gegen die Einstellung der Untersuchung der Oppauer Katastrophe.

Mannheim, 18. Oktober. (TU.) (Freiheit.) Nachdem bekannt geworden ist, daß der Untersuchungsrichter in Frankfurt die Untersuchung gegen unbekannt in der Sache der Oppauer Katastrophe eingestellt hat, hat der unabhängige Reichstagsabgeordnete Schwarz-Mannheim an den Vorsitzenden des Reichsausschusses, der zur Untersuchung des Anfalls in Oppau eingesetzt worden ist, ein Telegramm gerichtet, worin er die sofortige Einberufung des Reichsausschusses und die Beschlagnahme der Akten fordert.

Beitrag bei der Untersuchung der Erzbergerischen Mordaffäre?

München, 17. Oktober. (TU.) Die München-Münchener Abendzeitung veröffentlicht folgendes Privattelegramm aus Offenbürg: „In der Untersuchung der Mordaffäre Erzberger

ist ein neuer Zwischenfall eingetreten. Drei Berliner Postbeamte, die die handschriftlichen Aufzeichnungen der gestürzten Täter über ihre Namen und ihre Wohnungen gefunden haben wollten, sind vom Dienste suspendiert und gegen sie ein Verfahren wegen Betrugs eingeleitet worden. Das Ermittlungsverfahren wird von der Staatsanwaltschaft Offenbürg geführt.“

Preront wünscht den Anschluß an Preußen. Nach dem Hannoverischen Kurier wurden bei der Volksabstimmung über den Anschluß Preronts an Preußen 2546 Stimmen für und 640 Stimmen gegen den Anschluß abgegeben. Die Entscheidung unterliegt nun noch der Zustimmung der beiden Landtage von Waldeck und Preußen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Keine Abrüstung, nur Einschränkung der Rüstungen.

Washington, 13. Oktober. Präsident Harding erklärte in Beantwortung eines an ihn gerichteten Schreibens, die vollständige Abrüstung habe wenig Aussicht auf Verwirklichung und sei nicht wünschenswert. Zu wünschener aber sei eine „vernünftige“ Einschränkung der Rüstungen. Die Tatsache, daß die großen Nationen sich bereit hätten, die Einladung zur Abrüstungskonferenz anzunehmen, sei eine Gewähr für diese Einschränkung.

Danach kann man sich schon jetzt leicht vorstellen, was bei der mit so viel Geschrei angekündigten Washingtoner „Abrüstungskonferenz“ herauskommen wird.

Einmarsch serbischer Truppen in Albanien.

Aus Valona wird gemeldet: Drei serbische Regimenter mit zahlreicher Artillerie und Maschinengewehren haben die Drina überschritten und vier albanische Dörfer besetzt. Die albanische Regierung hat beim Völkerbund und bei der Völkerverkonferenz Proteste gegen das Eindringen der Serben in Albanien erhoben.

Sichchina gegen Peking.

Einer Erhängungsmeldung aus New York zufolge hat der chinesische Vertreter in den Vereinigten Staaten ein Telegramm erhalten, nach dem die Regierung von Kanton den Militärräten von Peking nach dem Krieg erklärt habe. Chinesische Truppen unter persönlicher Führung des Präsidenten Sun-Ja-Tien rücken von Kanton nach Nord ab, um Peking zu nehmen. Sun-Ja-Tien verfüge über 140 000 Mann, die mit modernen Waffen ausgerüstet seien.

Die Londoner Morningpost meldet aus Shanahai: Die Vage in China zeigt sich besorgniserregend. Starke Truppenmengen aus Kanton sind in der Gegend von Peking eingetroffen und drohen die Stadt zu belagern. Eine regelrechte Belagerung von Peking ist im Gange. Die fremdländischen Botschafter und Gesandten haben die Regierung um Schutz ihrer Person und des Eigentums erlucht.

Der chinesisch-japanische Streit um Schanlung.

London, 15. Oktober. Nach einer Erhängungsmeldung aus Washington hat sich Japan an die Vereinigten Staaten mit dem Ersuchen gewandt, in dem Schanlungstreit zwischen Japan und China zu vermitteln.

Weitere Ausbreitung des Aufstandes in Indien.

In Indien breitet sich der Aufstand über die Provinz Malabar aus. Eine Meldung aus Bombay besagt, daß die Truppenbewegungen, die die britische Regierung in den letzten Wochen vorbereitet hat, binnen kurzem beginnen werden.

Aufnahme von Ausländern in die russische Republik.

OK. Der Rat der Volkskommissare hat Regeln über die Prüfung der Gesuche um Aufnahme von Ausländern in die sozialistische Staatsangehörigkeit veröffentlicht. Die Aufnahme ist an keine bestimmten Bedingungen geknüpft und soll dem freien Beschluß des russischen Zentralerekutivkomitees bzw. der Gouvernementserekutivkomitees überlassen bleiben. Personen, die in die sozialistische Staatsangehörigkeit aufgenommen sind, müssen sich schriftlich dazu verpflichten, die Verfassung der Sowjetrepublik zu befolgen und zu schützen. Ausländer, die vor ihrem Uebertritt ihre rechtlichen Beziehungen zu ihrem früheren Heimatstaate nicht gelöst haben, dürfen dessen Schutz nicht mehr in Anspruch nehmen.

Rücktrittliches aus der Schweiz. Nach einer Meldung aus Bern haben im Nationalrat bürgerliche Mitglieder einen Antrag eingebracht, wonach die Uebertrittszeit von 8 auf 9 Stunden und in manchen Fällen bis auf 10 Stunden verlängert werden soll. — Bei der Volksabstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton Gené wurde die Gesetzesvorlage mit 14 000 gegen 6500 Stimmen verworfen.

Konferenz der baltischen Sozialisten. Am 17. und 18. Oktober findet in Riga eine Konferenz der finnischen, estnischen, lettischen und litauischen Sozialisten statt, an der auch Vertreter des jüdischen „Bundes“ teilnehmen. Die Hauptpunkte des Programms betreffen die Vereinheitlichung der Parteipolitik in außenpolitischen Angelegenheiten. — In Riga sind in der letzten Woche zwölf hervorragende Führer der lettischen Gewerkschaftsbewegung verhaftet worden, darunter drei Mitglieder der Leitung des Eisenbahnerverbandes.

Von Nah und Fern.

Die Munitionsexplosion in Butarek.

Ueber die Explosionskatastrophe in dem Butareker Fort Rudeni wird der Dena berichtet: Die Explosionen dauerten einen Tag und eine Nacht an. Während dieser Zeit ging ein förmlicher Granaten- und Trümmeregen auf die in der Nähe des Forts besetzten Ortschaften nieder. An einen Zutritt oder eine Annäherung an das Fort, in dem 180 Munitionswaggons, meist zufführender Herkunft standen, war nicht zu denken. Die Katastrophe hat zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung und der Garnison des Forts gefordert. Die Explosionsursache ist in einem Waldbrand in der Nähe des Forts zu suchen, der sich um sich griff und auch andre Forts gefährdete.

Todesurteile.

Stendal, 18. Oktober. (TU.) Das hiesige Schwurgericht hat der Vertheidiger Toge aus Salzwedel, der am 13. Mai seine Frau ermordet hat, zum Tode verurteilt. Nordhausen, 18. Oktober. (TU.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte den 18 Jahre alten landwirtschaftlichen Arbeiter Franz Saranowski aus Wörlitz wegen Ermordung des 60 Jahre alten landwirtschaftlichen Arbeiters Zimmermann zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freytag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Wille, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with columns: Datum, Baromet. Stand, Lufttemperatur, Luftfeuchtigkeit, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperaturerweiterung. Includes data for 17, 18, and 19 October 1921.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Funktionäre der USP. Groß-Leipzigs. Donnerstag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, Funktionär-Versammlung im Pantheon, Dresdner Straße. Ausweis und Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Parteileitung. Donnerstag, den 20. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Sitzung der Parteileitung im Pantheon, Dresdner Straße.

Thonberg-Neureuditz. Wir erwarten, daß unsere schreibgewandten Mitglieder von heute, Dienstag, ab, abends von 6 Uhr an sich in der Bibliothek für einige Stunden zur Verfügung stellen.

Stötterich. Kursus Plötze findet nicht in der 20. Volksschule, sondern Mittwoch, den 19. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr, im Oberhof, Oberdorfstraße, statt. Es wird nicht bedient.

Plagwitz-Schleußig. Die organisierten Frauen und die unorganisierten Frauen der Genossen von Plagwitz und Schleußig treffen sich Mittwoch, den 19. Oktober, abends 7/8 Uhr, im Restaurant Kamerun, Ronnenstraße, zu einer wichtigen Besprechung.

Ortsverein L.-Wölkern. Mittwoch, den 19. Oktober 1921, nachmittags, besuchen unsere Kinder Papa Kleinerh' Puppentheater. Umbruch 2 Uhr vom Carolabad. Diejenigen Kinder, die diesmal keine Karten erhalten haben, machen den Besuch an einem späteren Tage.

Besucherinnen der Kinderspiele. Die Zusammenkunft fällt Donnerstag aus.

Etterstädt. Die für Donnerstag angelegte Versammlung wird verschoben.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Achtung, Spielleiterinnen und Funktionärinnen des Westbezirks! Donnerstag, Punkt nachmittags 2 Uhr, Besichtigung der Deutschen Bühne, Straße des 18. Oktober.

Der Rat als Förderer der Bildungsbestrebungen.

Bekanntlich haben die Stadtverordneten auf Anregung der USP. schon vor mehr als Jahresfrist beschlossen, die Räume der städtischen Schulen der Bevölkerung für Erziehungs- und Bildungszwecke zur Verfügung zu stellen. Es handelte sich damals um die Hergabe der Schulräume für die Jugendweihen des Arbeiterbildungsinstituts, die der Rat wiederholt verwweigert hatte.

Der Ortsverein Stötterich hatte seinen Mitgliedern wiederholt Vortragsreden über wissenschaftliche Themen geboten und für den Herbst eine Vortragsreihe des Genossen Plötze über die Entwicklungsgeschichte der Menschheit vorgesehen. Er wollte dazu die Aula der 20. Volksschule benutzen.

„Auf das Gesuch des Ortsvereins um Ueberlassung der Aula der 20. Volksschule wird mitgeteilt, daß nach einem Beschlusse des Rates Schulräume lediglich nur zu Erziehungs- und Bildungszwecken vor einem geschlossenen Kreis überlassen werden. Da die von Ihnen in Aussicht genommenen Vorträge nicht als diesem Zwecke dienend angesehen werden können, hat der Rat in folgender Sitzung sich nicht in der Lage gesehen, dem Gesuch zu entsprechen.“

Es ist doch unglaublich, mit welcher Annäherung der Rat sich herausnimmt, die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft zu zensurieren und zu behaupten, die beabsichtigten Vorträge dienen keinen Bildungszwecken. Weil ihm die ganze Richtung nicht paßt, sucht er die ernsthaften Bemühungen der Arbeiter, sich weiter zu bilden, die jeder Einflüchtige begrüßen wird, unmöglich zu machen. Sein Versuch, mit so einfältigen und lächerlichen Wärschen heute noch die Arbeiterbewegung bekämpfen zu wollen, zeigt den Rat in seiner ganzen Arbeiterfeindschaft. Dabei kommt es ihm auch auf eine kleine Fälschung nicht an, denn von einem „geschlossenen Kreis“ ist nie die Rede gewesen. Wir fordern, daß der skandalöse Beschluß schleunigst aufgehoben wird.

Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn.

(Ausschneiden und aufbewahren.)

Vom 1. November 1921 ab fällt im allgemeinen die Anrechnung der erhöhten Werbungskosten von 8,40 Mk. für die Woche und 35 Mk. für den Monat fort. Es kommen dann Werbungskosten im Betrage von 3,60 Mk. für die Woche oder 15 Mk. für den Monat zur Geltung. Wer auf die Anrechnung von höheren Werbungskosten Anspruch erhebt, muß einen dahingehenden Antrag beim Finanzamt stellen. Die höheren abzugfähigen Aufwendungen müssen nachgewiesen werden. Im übrigen ist ab 1. November der Steuerbetrag nach folgenden Beispielen vorzunehmen:

Ein lediger Arbeiter hat einen Wochenlohn von 850 Mk. Zehn Prozent Steuern davon sind . . . 85.— Mk. Davon gehen ab: für den Arbeiter . . . 2,40 „ für Werbungskosten . . . 3,60 „ 6.— Mk.

Diese 6 Mk. gehen von den 35 Mk. ab, so daß die Summe von 29 Mk. für die Woche als Einkommensteuer in Abzug kommt. Eine Hausangestellte (Dienstmädchen) hat einen Monatslohn in bar von 120 Mk. Der Wert von Kost und Logis

wird zum Einkommen hinzugerechnet. Er beträgt für den Monat 180 Mk., so daß ein monatliches Einkommen von 300 Mk. in Frage kommt.

Zehn Prozent von 300 Mk. sind . . . 30 Mk. Davon gehen ab: für die Hausangestellte . . . 10 „ für Werbungskosten . . . 15 „ 25 Mk.

Diese 25 Mk. werden von den 30 Mk. abgezogen, so daß 5 Mk. Steuern monatlich in Frage kommen, die vom Barlohn abzuziehen sind.

Ein verheirateter Arbeiter mit drei minderjährigen Kindern hat einen Wochenlohn von 400 Mk.

Zehn Prozent Steuern davon sind . . . 40.— Mk. Davon gehen ab: für den Mann . . . 2,40 „ für die Frau . . . 2,40 „ für drei Kinder à 3,60 Mk. . . . 10,80 „ für Werbungskosten . . . 3,60 „ 19,20 Mk.

Diese 19,20 Mk. gehen ab von den 40 Mk., so daß die Einkommensteuer, die in diesem Falle vom Arbeitslohn in Abzug kommt, 20,80 Mk. beträgt.

Ein lediger Angestellter erhält für den Monat 1500 Mk. Gehalt.

Zehn Prozent Steuern davon sind . . . 150 Mk. Davon gehen ab: für den Angestellten . . . 10 „ für Werbungskosten . . . 15 „ 25 Mk.

Diese 25 Mk. werden von den 150 Mk. abgezogen, so daß als Steuer für den Monat der Betrag von 125 Mk. in Frage kommt, die vom Gehalt in Abzug zu bringen sind.

Ein verheirateter Angestellter mit zwei Kindern bezieht monatlich 1900 Mk. Gehalt.

Zehn Prozent Steuern davon sind . . . 190 Mk. Davon gehen ab: für den Mann . . . 10 „ für die Frau . . . 10 „ für zwei Kinder à 15 Mk. . . . 30 „ für Werbungskosten . . . 15 „ 55 Mk.

Diese 55 Mk. gehen von den 190 Mk. ab. Als Steuern sind deshalb 135 Mk. monatlich abzuziehen.

An der Hand dieser Beispiele kann jeder Arbeiter, Angestellter, Beamte selbst berechnen, wieviel Steuern von seinem Lohn in Abzug kommen. In diesem Zwecke sind diese Berechnungen auszuschneiden und aufzubewahren.

* Ueber sechzehn Jahre alte Kinder, die Arbeitseinkommen beziehen, sind hierbei außer Betracht zu lassen.



Seht die Wählerlisten ein!

Die Stadtverordneten-Wähler-Listen liegen bis Freitag, den 21. Oktober, von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, Sonnabend, den 22. Oktober, von 8 Uhr vormittags bis 1/4 4 Uhr nachmittags öffentlich aus. Einprüche gegen die Wählerliste können nur bis zum 23. Oktober dieses Jahres bei dem Wahlamt, Neues Rathaus, Erdgesch., Zimmer 187 (Eingang am Burgplatz), schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden.

Die Listen liegen also nur in dieser Woche aus. Sichere sich jeder sein Wahlrecht!



Die Werbewoche der Freidenker.

Der Zentralverband proletarischer Freidenker veranstaltete am 11. Oktober im Berg-Abnß eine öffentliche Versammlung, in der Landtagsabgeordneter Genosse Menke-Dresden über das Thema Arbeiterschaft, Kirche und Schule sprach. Der Referent zeigte zunächst die jetzigen politischen und wirtschaftlichen Zustände, unter denen das Proletariat leidet und geißelt in scharfen, treffenden Worten den Kapitalismus und seine Machtmittel zur Unterdrückung der Arbeiterschaft. Als eines der gefährlichsten Mittel, das die bestehende Klasse zur Niederhaltung des hungernden Proletariats benützt, bezeichnete der Referent die Kirche. Durch längere, überzeugende Ausführungen bewies Genosse Menke die historische und politische Notwendigkeit des Kirchenaustritts. Ein Arbeiter, ein Sozialist, könne und dürfe das alte überlebte Christentum nicht mehr durch Steuern unterstützen, da er dadurch seine aufstrebende Klasse und den Sozialismus überhaupt am Aufstieg verhindern oder zum mindesten verlangsamen. Der Redner besprach dann die Rolle, die die Kirche während des Krieges gespielt hat. Er berichtete, daß an die etwa 70 000 in Deutschland vorhandenen Geistlichen ein Rundschreiben geschickt worden sei, in dem aufgefordert wurde, von der Kanzel herab nicht für den Krieg Stimmung zu machen und nicht gegen den „Feind“ zu hegen. Die für das gesamte Christentum ungeheuer beschämende Tatsache sei eingetreten, daß nur 140 Geistliche sich für die Durchführung dieser Forderung unterschrieben verpflichtet hätten. Die Mitschuld der Kirche an der Verlängerung des Krieges sei damit klar bewiesen. Der Referent forderte dann auf, die Kinder vom Religionsunterricht abzumelden, soweit dies noch nicht geschehen sei, da Theorie und Praxis der Kirche nicht übereinstimme. Im Religionsunterricht würden die Kinder nur zu Heuchlern erzogen, da sie im Elternhaus und im Leben meist das Gegenteil von dem erlernten, was ihnen im Religionsunterricht gelehrt werde. — Eine recht lebhaft und interessante Diskussion entspann sich, in der u. a. auch zwei Geistliche das Wort ergriffen und die einbrudsvollen Ausführungen des Genossen Menke zu entkräften suchten. Doch diese und einige weitere Entgegnungen wurden vom Genossen Menke im Schlusswort mit Leichtigkeit widerlegt, so daß wohl jeder Besucher die Höhepunkt und Ueberflüssigkeit des Christentums klar erkannt hat. — Zum Schluss forderte der Versammlungsleiter noch auf, endlich die letzte Kon-

sequenz zu ziehen und der Kirche den Rücken zu kehren. Weiter forderte er auf, sich als Kämpfer in die Reihen der proletarischen Freidenker einreihen zu lassen und mit uns die geistige Befreiung des Proletariats zu erstreben.

Unkenntnis oder böswillige Verleumdung?

Der rechtssozialistische Abgeordnete Meier aus Zwickau entwirft sich in der rechtssozialistischen Presse über meine Mitteilung in der Parteiversammlung vom 9. Oktober, wonach die rechtssozialistische Fraktion auf die Einladung zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zum Schutze der Republik und zur gemeinschaftlichen Einbringung keine Zeit gefunden, sondern dies zu tun unserer Fraktion überlassen hat. Auf diese Tatsache bezogen sich meine Worte von der Nichtunterstützung durch die rechtssozialistische Fraktion. Wenn ich dann trotz der hochtönennden Worte Scheidemanns, die er in der Reichstagsitzung vom 30. September gesprochen, und zu seiner Ankündigung von weitergehenden Anträgen zu dem Entwurf mir die Bemerkung erlaubte, man solle die Abstimmung erst abwarten, so berechtigt mich dazu die Erfahrung, die ich in den letzten Jahren mit der Haltung der Rechtssozialisten im Parlament gemacht habe. Wie oft ist großen Talentanforderungen der jämmerlichste Rückzug oder gar Unfall gefolgt. Dies könnte auch der Abgeordnete Meier wissen; deshalb sind nicht nur seine Vorwürfe hinfällig, sondern ist auch seine moralische Entlastungspause höchst überflüssig. Er soll sich bei seiner Fraktion erkundigen, warum sie unsere Einladung zur Mitarbeit abgelehnt und durch die Hinausschiebung bis zum Zusammentritt des Reichstages unmöglich gemacht hat, dann wird er einsehen, wie verfehlt seine Attacke gegen mich ist. Soviel könnte Meier am Ende auch wissen, daß es in der Politik nicht auf die in der Öffentlichkeit verzapften großen Worte, sondern aufs Handeln ankommt.

H. Seger.

Mangelhafte Aufstellung der Wählerlisten.

In Wadkau ist bei einer Kontrolle der Wählerlisten festgestellt worden, daß bei 17 Häusern 22 Personen in der Liste fehlten! Sehe jeder die Wählerlisten nach. Alle über 20 Jahre alte Personen, Männer, Frauen und Mädchen, die in Leipzig wohnen, haben das Recht, zu wählen. Das Bürgerrecht hat auf das Wahlrecht keinen Einfluß. Jeder Deutsche, der zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten in Leipzig wohnt und bis zum Wahltag 20 Jahre alt ist, darf ohne Unterschied des Geschlechts wählen. Sehe jeder die Wählerlisten ein!

Ulfred Jukt verstorben. Ein treuer Genosse, der Schriftleiter Ulfred Jukt, wurde am Sonntag im Alter von 60 Jahren von einem Herzschlag ereilt. Mit ihm scheidet einer derjenigen aus unseren Reihen, die in starrer Ausdauer von frühesten Jugendjahren an sich in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt haben. Er leistete nicht nur eine Kleinarbeit und mit Geschick verwaltete er die verschiedenen ihm übertragenen Vertrauensposten innerhalb unserer Organisation. Genosse Jukt hat den Arbeiterverein Stütz mit begründet, er war als erster Gemeindevorsteher in Stütz für unsere Organisation tätig. Die Parteigenossen werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Verlorene Briefkäse. Die Genossin Linne, Leipzig, Konradstraße 20, III., meldet uns den Verlust ihrer schwarzen Lederbriefkäse, enthaltend: 130 Mk. Geld, verschiedene Ausweise wie: Bezirksbetriebsratsausweis für den Oberpostdirektionsbezirk Leipzig (mit Lichtbild und Namenszug), Betriebsratsausweis für das Postfachamt Leipzig, Sammelkarte für den Kampfbund des Zentralverbandes der Angestellten sowie Briefe mit vollständiger Adresse. Der Verlust ist durch die damit abhanden gekommenen Papiere, die für den Finder völlig wertlos sind, besonders schmerzhaft. Um Rückgabe wird dringend gebeten.

Ein Kriegerverein für Postbeamte. In Leipzig besteht eine Bezirksgruppe des Deutschen Feldpostbundes. Sie hält am Donnerstagabend im Hauptbahnhof eine Versammlung ab. In der Einladung zu dieser Zusammenkunft heißt es:

Alle Kameraden — auch Nichtmitglieder —, die im Feldpostdienst, bei der Etappentelegraphie und bei den Post- und Telegraphenverwaltungen Belgien und Warschau tätig waren, sind herzlich willkommen.

Dieser Deutsche Feldpostbund ist ein Kriegerverein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Postbeamten den militärischen Geist zu erhalten, und der reaktionären Zwecken dient. Jeder Postbeamte, der nicht haben will, daß wieder, wie ehemals, die Militaristen und Reaktionäre in Deutschland unumschränkt herrschen, muß dieser Vereinigung fernbleiben.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Jugendliche. Eltern und Erzieher sind vielfach der irrigen Ansicht, daß jugendliche Personen unter 16 Jahren beim städtischen Arbeitsnachweis nicht aufgenommen und vermittelt werden, da sie Erwerbslosen-Unterstützung nicht erhalten. Beim Arbeitsnachweis werden alle Arbeitsuchenden zum Zwecke der Arbeitsvermittlung eingetragen. Gerade Jugendliche im Alter von 14—16 Jahren werden sehr verlangt. Deshalb ist allen Eltern dringend zu raten, ihre schulfähigen Kinder, sobald sie beschäftigungslos sind, mit Arbeitsbuch und Wohnungsmeldeschein zum städtischen Arbeitsnachweis zu schicken und zwar männliche Jugendliche nach Seeburgstr. 14—20, Zimmer 4, und weibliche Jugendliche nach Sternwartenstr. 15—21, Zimmer 10. Bei der gegenwärtig günstigen Arbeitsmarktlage wird der Arbeitsnachweis sehr bald in der Lage sein, den Stellensuchenden geeignete Beschäftigung nachzuweisen.

Abendvorstellungen für Erwachsene bei Papa Kleinerh. Um diesen Wünschen entgegenzukommen, werden nunmehr die beliebten Märchenspiele auch an Wochentag-Abenden gegeben. Zunächst finden die Vorstellungen Mittwoch und Freitag, 7/8 Uhr, statt. Auf dem Spielplan steht: Hänel und Gretel. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut Leipzig.

Verkauf bei der Freikant. Mittwoch: Freikant I Nr. 4001 bis 5000 und 1 bis 2000. Freikant II Nr. 2501 bis 3000 und 1 bis 1500.

Lebensmittelkalender für Mittwoch, den 19. Oktober.

Für Haushaltungen. Ausgabe. Sammelheft (aute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf lämliche vom Ortsamt für Kriegserfürsorge ausgestellte Bezugskarten: Buchstaben E-F von 9—3 Uhr auf dem Schaubhof gegenüber dem Schaubamt II, rechts 1. Tür, Fund 5,20 Mk. Es erhalten bis zu 3 Köpfen 2 Pfund, 3 und mehr Köpfe 3 Pfund Fleisch, Panier mitbringen!

2 Zentner Briefets werden bei der Firma Geora Werner in Leipzig-Gohlis, Freiladebahnhof, am Chausseebau, auf die Gültigkeit des Ortsamtes für Kriegserfürsorge Nr. 2041—2050 und Nr. 4601—4700 abgegeben. Ausgabe für Gültigkeit Nr. 2041—2050 von 1—4 Uhr nachmittags. Es wird ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Briefets für die angegebenen Gültigkeit an dem angegebenen Tage unter allen Umständen abgeholt sind, andernfalls würden sie verfallen.

Aus der Umgebung.

Großschönher-Windorf. In der öffentlichen Versammlung am Freitag, 14. Oktober, hielt Arbeitersekretär Genosse Henniger einen heftigsten aufgenommener Referat über die Regierungs- und politische Lage. Referent ging näher auf die Weltliche Beschäfte ein. Nach der Revolution haben die Rechtssozialisten Zustand von hohen Beamten, Professoren usw. erhalten. Einige dieser Leute haben in ihren Reden auf dem Göttinger Parteitag stark die Überengänge der Deutschen Volkspartei verfolgt, was sich dann im Beschlusse ausgewirkt hat. Die rechtssozialistische Partei hat nach dem Parteitag die Anträge an die USV. bezüglich der gemeinsamen Regierungsbildung gestellt und per Zentralvorstand dann die bekannten Bedingungen gestellt. Die rechtssozialistischen Führer haben ihre Wählerkraft auf dem Parteitag überzumpelt, die Deutsche Volkspartei will Regierungspartei werden, sie ist von den Mehrheitssozialisten in den Sattel gehoben worden. Die USV. bleibt ihren Anschauungen treu, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ist unmöglich, im Schlepptau der Stimmepartei werden die Rechtssozialisten immer die Schlageneisen sein. Referent kommt dann auf die politische Lage zu sprechen, im besonderen auf die oberflächliche Frage, Oberflächlich wird ein dauernder Gefahrenherd sein. Das nationalsozialistische Feuer fängt wieder zu lodern an. Jeder Klassenkämpfer muß in dieser hochpolitischen Periode seinen Mann stellen. In der Diskussion sprach ein Genosse über die Freiland-Freigeldbewegung. Der Referent erwidert in seinem Schlusswort, daß mit derartigen Sonderbestrebungen an der heutigen Wirtschaft nicht viel geändert wird. Nur ein Zusammengehen des geeinten Proletariats kann uns unsere Ziele näher bringen. Der Vorsitzende ermahnt die Anwesenden, die weiteren Versammlungen gut zu besuchen und neue Leser für die Leipziger Volkszeitung zu werben.

Großdeuben. Aus dem Gemeinderate. Das Ortsgesetz über die Luftfahrtssteuer wird mit der Abänderung, daß Eintrittskarten bis zu 5 Mk. mit 15 Prozent besteuert werden, dem Reichsentwurf angelehnt. Um über Umfang und Kosten der am Gemeindefaule notwendigen Reparaturen unterrichtet zu sein, soll in nächster Sitzung ein Kostenschlag vorgelegt werden. Der Antrag auf Schadenersatz der Pächter, deren Partzellen zur Anlage eines Turnplatzes benötigt wurden, konnte auf Grund des Pachtvertrages keine Berücksichtigung finden. Trotz Übernahmepflicht der Kosten für Leichenwagen, Träger und Leichenfrau auf die Gemeindefaule erfolgte Bestellung des Leichenwagens sowie Auszahlung der Trägerlöhne wie bisher durch Herrn Kirchenrechnungsführer Schmiedemeister Fischer. Als Hilfsbeamter und Verwalter des Gemeindefaules wurde Herr Berwitsch, Leisnig, gewählt. Zur Tagung des Landgemeindevorstandes in Chemnitz wurde der Gemeindefaule Genosse Berger gegen die Stimmen der Bürgerlichen gewählt.

Elfenburg. Kommunisten und Einheitsfront! Eine von den Kommunisten am Montag nach dem Schützenhause einberufene „große öffentliche Volksversammlung“, welche von circa 20 Personen besucht war, nahm Stellung zur Hilfsaktion für das hungernde Russland. In der nun schon bekannten Weise versuchte der Referent, Zähler-Leipzig, welcher die Verhältnisse Russlands drei Monate persönlich „studiert“ hat, den Nachweis zu erbringen, daß wohl die sozialistischen Parteien und der böse Gewerkschaftsbund in der Dummheit für die Unterstützung Russlands eintritten, in der Praxis aber auf jede Art und Weise die Hilfsaktion sabotierten. Daß verschiedene gewerkschaftliche und politische Persönlichkeiten herhalten mußten, um den Beweis zu erbringen, daß nur die Kommunisten die einzig wahren Vertreter der Arbeiterschaft sind, ist erklärlich. Daß an der Amsterdamer im Gegensatz zur roten Gewerkschaftsinternationale kein gutes Haar gelassen wurde, ist wohl als Selbstverständlichkeit zu konstataren. Zähler scheint aber die Gewerkschaftsangelegenheiten sehr niedrig einzuschätzen, wenn er glaubt beweisen zu können, daß die Konkurrenz zwischen Amsterdam und Moskau notwendig ist. Im Gegensatz dazu stehen wir auf dem Standpunkte: nicht Zerreißen, sondern Ausbau der bestehenden Arbeiterorganisationen. Fragt denn heute das Unternehmertum danach, wie die Organisationen heißen? Die Unternehmer haben die Zeit begriffen und schließen sich zu mächtvollen Organisationen zusammen, während ein Teil der Arbeiterschaft es als seine wichtigste Aufgabe betrachtet, ihre Organisationen zu zerstören. Leider sieht es auch heute ein Teil der Arbeiterschaft noch nicht ein, daß durch die kommunistische Taktik nur die Interessen der Kapitalisten gefördert werden. Wir glauben, die Märzaktion in Mitteldeutschland hat klipp und klar bewiesen, wohin die Arbeiterschaft kommt, wenn nach Moskauer Art Bewegungen eingeleitet werden. Die Behauptung im Lenauwerk sollten der Arbeiterschaft zu denken geben. Mehrere kommunistische Debattierende spannen den Faden Zäblers selbstverständlich weiter. Ein Antrag, daß die Sammlung von einem örtlichen Komitee selbstständig vorgenommen werden soll, wurde, wie immer, von der Versammlung angenommen. Im Gegensatz dazu konnte der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, Genosse Hegemann, den Nachweis erbringen, daß Solidarität der Sammlung nicht von den sozialdemokratischen Parteien und dem Gewerkschaftsbund stattfindet, sondern daß es gerade unsere Freunde von links sind, welche auch hier wieder, wie bei anderen Anlässen, Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft tragen durch die alte Mär, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund bestimmte Bedingungen für das Hilfswerk stellte, wurde wieder als Anlaß benützt, um Grund zu haben, sich von der Sammlung zu drücken. Irrenden welche Bedingungen an die Sowjetregierung seitens des ADGB. sind nicht gestellt worden. Die Erträge der Sammlung sollen unverzüglich für das Hilfswerk Verwendung finden. Selbst Zähler mußte in seinem Schlusswort die Behauptung über die sogenannten Bedingungen fallen lassen, bestränkte aber die Versammlung in der Auffassung, daß die Einheitsfront der Arbeiterschaft notwendig ist, aber nur, wo die Kommunisten die Führung in Händen haben. Auf die übrigen proletarischen Organisationen sei kein Verlaß, diese ständen im Solde des Kapitals und wuschelten auch bei dieser Gelegenheit im trüben zu fischen. Die übliche kommunistische Verleumdertaktik! Trotz des Beschlusses der Versammlung werden die Sammlungen auch weiter durch das Kartell durchgeführt. Weise ein jedes Gewerkschaftsmittglied die neuen Listen für die kommunistische Partei zurück und tue jeder Arbeiter auch ferner keine Pflicht und Schuldigkeit im Interesse des Hilfswerks für das russische Volk.

Hänichen. Aus dem Gemeinderat vom 4. Oktober. Mit Mehrheit wurde beschlossen, den ganzen Bau des Sechsfamilien-Wohnhauses sofort auszuführen, da hierdurch bedeutende Kosten erspart würden. Bis jetzt sind vom Etat für vier Wohnungen 240 000 Mk. Baukostenzuschuß genehmigt worden; es wird aber mit Bestimmtheit erwartet, daß der Baukostenzuschuß für die restlichen zwei Wohnungen im nächsten Jahre nach Durchführung der Reichsmietwertsteuer zur Verfügung gestellt werden wird. Der Mietvertrag des Gemeindefaules ist abgelaufen. Wegen der baldigen Verfallung mit Quasnit und der damit zusammenhängenden Verlegung des Gemeindefaules wurde vom Abschluß eines neuen Mietvertrages abgesehen. Zwei Gesuche wurden den Ausschüssen übergeben. Ein Unterstützungsgesuch einer Kriegserwitwene fand Berücksichtigung. Die Entschädigung für die Relinquierung des Gemeindefaules wurde erhöht.

Sitzung am 11. Oktober. Zunächst berichtete der Vorsitzende über die im Verein mit Vertretern der Amtshauptmannschaft, Grundstücksinteressenten und Mitgliedern des Gemeinderates gehabte Besprechung über Errichtung einer Rauchwarenfabrik und -Zuckerfabrik, zufließen die Bauplätze vorläufig über das Grundstück, Ort. Nr. 7/8, verhängt worden ist. Die Einwendungen der Grundstückbesitzer wurden nicht als stichhaltig bezeichnet, denn es ist weiterhin nicht abzusehen, daß die jetzt wieder eintretende Erwerbslosigkeit durch Industrie am Orte sehr gehoben werden kann. Es wurde daher beschlossen, die Eingabe der Firma beizuhalten und der Amtshauptmannschaft weiterzugeben.

Weiter genehmigte der Gemeinderat für die beim Gemeindefaule neu zu beschäftigten Arbeiter bis zur schiedsgerichtlichen Entscheidung ihrer Forderung pro Stunde 11,05 Mk. bzw. 10,70 Mk., damit nicht gestellt wird und der Bau bei der jetzigen Witterung, demnächst weitergeführt wird. Für den Verein für Säuglingspflege bei der Amtshauptmannschaft Leipzig wurde der Jahresbeitrag erhöht. Hiernach wurden noch verschiedene Wohnungs- und Baufachen erledigt.

Sächsische Angelegenheiten.

Unverantwortliche Schwägerlein.

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. An dieses Wort möchte man recht nachdrücklich einige sächsische Minister erinnern, die das dringende Bedürfnis zu haben scheinen, ihre politische Weisheit brüßwarm an den Mann zu bringen und dabei jedem sensationellsten Schmod ausfließen. Ist diese Schwägerlein an sich schon nutzlos, so wird sie geradezu unverantwortlich und entwürdigend, wenn dadurch dem politischen Gegner billige Waffen in die Hand gedrückt werden. In den Redaktionen, die sich etwas mehr Referat anlegen wollten, gehört Minister Heidt, der sich von einem bürgerlichen Journalisten über die hohe Politik ausfragen ließ. Wenn Heidt sich über die wirtschaftlichen Nachteile äußerte, die für Sachsen aus der Entscheidung des Völkerverbundes über Oberschlesien zu befürchten sind, so mag das hingehen, obwohl es schon deswegen überflüssig war, weil es gar nicht neu war. Ganz energisch muß aber protestiert werden, wenn ein sozialistischer Minister durch gedankenlose Prophezeiungen die Arbeiterschaft in eine unmögliche Situation manövriert, und der reaktionären Heppresse Wasser auf die Mühle liefert. Mit samendem Regen drückt die gesamte Rechtspresse folgende Neugierfrage Heidts ab:

„Alle die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die wir jetzt hineingestürzt werden, werden meiner Überzeugung nach auch innerpolitische Verzerrungen zur Folge haben. Nicht nur, daß die Reichsleitung aller Wahrscheinlichkeit nach zurücktreten muß, weil sie nicht mehr imstande ist, die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, laufen wir auf der anderen Seite auch Gefahr, daß die unter so vielen Kämpfen hergestellte Ruhe im Innern erneut in Frage gestellt wird. Ich glaube nicht, daß sich die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen und die in Oberschlesien im besonderen so ohne weiteres mit den Beschlüssen des Völkerverbundes zufrieden geben wird; denn die deutsche Arbeiterschaft ist es in erster Linie, die die Nachteile der neuen Einschränkung zu tragen haben wird.“

Es erscheint mir nicht ausgeschlossen, daß es hier und dort, besonders aber in den bedrohten Gebieten Oberschlesiens, zu gewalttätigen Erhebungen kommen wird. (1) Ich erinnere daran, daß auf dem Göttinger Parteitag in sehr harter Weise zum Ausdruck gekommen ist, daß die deutsche Arbeiterschaft in Oberschlesien unter keinen Umständen eine Trennung vom Reich ruhig hinnehmen wird.“ (1)

Minister Heidt brauchte sich nur die Mühe zu machen und die Zeitungen seiner eigenen Partei nachzulesen. Dann würde er finden, daß die sozialistischen Arbeiter die Maßnahmen der nationalsozialistischen Elemente, die Oberschlesien nur zu gerne zu nationalsozialistischen Putschbenutzungen durchschaut haben und es ganz energisch ablehnen, sich vor den Karren der Sozialrevolution spannen zu lassen. Ohne Zweifel bedeutet die von der Entente jetzt getroffene Entscheidung über Oberschlesien einen schweren Schaden auch für die Arbeiterschaft, dem begegnet werden muß. Aber die Arbeiter haben dagegen ganz andre und wirksamere Mittel; sie müssen eine nationalsozialistische Verdrängung mit den chauvinistischen Hegeern unter allen Umständen ablehnen. Wenn Minister Heidt das nicht begreift, dann hätte er erst recht alle Ursache, zu schweigen und die Beurteilung derartiger wichtiger politischer Fragen Berufeneren zu überlassen.

Die bürgerliche Presse, die noch vor kurzem über diesen „unfähigen Mann aus dem Ministeressel“ höhnte, findet die Heidtschen Ausführungen natürlich sehr vernünftig, was von ihrem Standpunkt durchaus begreiflich ist.

Für nicht minder vernünftig wird es ab und zu von derselben Presse auch der Ministerpräsident gehalten, den die geradezu skandalöse Mißhandlung, die er als Regierungsvorsteher bei den verschiedensten Anlässen erfahren hat, immer noch nicht belehrt hat, daß etwas mehr Zurückhaltung politisch klüger wäre.

In einer öffentlichen Versammlung in Dresden sprach Bud über politische Rückblicke und Gegenwartsfragen. Dabei sprach er u. a. auch von der Sozialisierung und sagte: „Er habe die Überzeugung, daß wir, wenn wir uns aus unserm jetzigen Elend herausgearbeitet hätten, einen Wirtschaftsstand erreichen, der den früheren weit in den Schatten stelle. Die Sozialdemokratie stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Produktion in die Hände der Allgemeinheit übergeführt werden müsse. Aber auf Experimente dürfe man sich jetzt nicht einlassen. Man müsse sich in allen Schichten der Bevölkerung einflößen im klaren sein, daß die Verwirklichung sozialistischer Ziele nicht durch Gewalt und Diktatur erreicht werden könne. Schuld an unserm Elend sei, daß unsere Gegner gegen uns sehr feindlichen Mittel zur Anwendung bräuchten, die die Vaterlandspartei und die nachstehenden Kreise seinerzeit gegen die Feinde hätten anwenden wollen. Trotzdem stehe er auf dem Standpunkt, daß gegen eine Mitarbeit der Deutschen Volkspartei nichts einzuwenden sei, wenn ihre Tätigkeit nur dem Wiederaufbau Deutschlands gedienend sei und die sozialistischen Mindestforderungen des Göttinger Parteitages erfüllt würden.“

Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei gemeinsam an der Sozialisierung! Das ist wirklich ein Witz, wenn auch kein guter. Ebenso lächerlich ist die den Reaktionen abgefaßte Phrase: Experimente dürfen nicht gemacht werden, womit natürlich nur sozialistische Experimente gemeint sind, und es könne nichts durch Gewalt und Diktatur erreicht werden. Die sozialistische Arbeiterschaft hat nie für Gewaltanwendung geschwärmt. Aber eins sollte der Ministerpräsident wissen, auch wenn er glaubt, den Parteimann aufstreifen zu müssen, um nach allen Seiten hin möglichst loyal zu erscheinen: Die Form des gesellschaftlichen Ringens wird nicht allein bestimmt von dem Willen der vorwärtstrebenden, sondern auch von der Taktik der hemmenden reaktionären Kräfte. Das ist im Wesen des Klassenstaates begründet, in dem wir auch heute, trotz der sozialistischen Regierung, noch leben. Gerade die Herrschaft der Bourgeoisie war nichts als brutale Vergewaltigung und Diktatur gegen das Proletariat. Und ist es schon ein Anfang, zu erklären, nur durch Gewalt, durch Unruhen und Putsch könne die gesellschaftliche Entwicklung gefördert werden, dann ist es noch dümmlicher, zu sagen, Gewalt darf niemals angewandt werden, aber mit andern Worten: Die Reaktion kann noch so brutal auftreten, wenn sie die Macht dazu hat, die Arbeiter werden sich geduldet des Jells über die Ohren ziehen lassen, denn Gewalt und Diktatur werden nicht angewandt werden.

Diese Konsequenzen zeigen, wie sinnlos das ganze Gebilde ist. Es hat nur einen Erfolg. Es liefert der gegenrevolutionären Presse die Mittel, die an verantwortlicher Stelle stehenden Vertrauensleute der Arbeiter gegen die Massen auszuspielen und die Arbeiterbewegung zu schwächen. Und wenn die bürgerlichen Zeitungsredakteure heute die schwächende Minister für vernünftig halten, dann hindert sie das nicht, sie morgen wieder als vollen Trottel lächerlich zu machen. Deshalb kompromittieren derartige unkluge Schwägerlein die Arbeiterbewegung und den Sozialismus. Sozialistische Minister sollen handeln und nicht schwächen, unbestimmt darum, daß schwächende Sozialisten dem Bürgertum lieber sind als handelnde.

Vor neuen Kartoffeldemonstrationen in der Lausitz.

Aus Bautzen wird gemeldet: Die Schwierigkeiten der Kartoffelbeschaffung für den kommenden Winter haben in weiten Kreisen der Lausitzer Verbvölker eine starke Beunruhigung hervorgerufen, und nach den bisherigen Anzeichen ist mit Sicherheit

damit zu rechnen, daß es bereits in den nächsten Tagen zu neuen umfangreichen Kartoffeldemonstrationen kommt, von denen zu befürchten ist, daß sie einen ernstlichen Verlauf als die vorjährigen nehmen werden. In den Kreisen der Arbeiterschaft herrscht eine außerordentlich empörte Stimmung. Man wirft den Landwirten vor, daß sie die Kartoffeln in Erwartung höherer Preise zurückhielten, bzw. daß sie nur gegen Preise lieferten, die wesentlich höher seien als die von der sächsischen Kartoffelpreis-Notierungskommission allwöchentlich neu herausgegebenen Erzeugerpreise.

Vor einiger Zeit wurde in der ganzen bürgerlichen Presse ein großes Geschrei erhoben über das „Entgegenkommen“ der ost-sächsischen Landwirte. Jetzt bestätigt sich, was wir damals schon voraus sagten, daß dieses „Entgegenkommen“ nichts weiter ist, als agrarischer Schwindel. Das wird auch erneut bewiesen durch die Haltung der Zittauer Stadtverordneten, die gegen den Kartoffelwucher energisch Stellung nahmen. Auf die Anfrage eines sozialdemokratischen Stadtverordneten, welche Stellung der Rat gegenüber den Mißständen in der Kartoffelverorgung einnehme, erklärte Bürgermeister Zwillingenberger u. a.: Die Kartoffelverorgung habe fast eine katastrophale Wendung genommen. Vom Landeskulturrat sei ein Richtpreis von 45 Mk. festgesetzt worden, aber in der weiten Umgebung von Zittau seien keine Kartoffeln für diesen Preis zu bekommen. Ohne jede Begründung würden 50 Prozent Aufschlag genommen. Hätte die Stadt zur Zeit der Unterhandlungen der Genossenschaften mit der Landwirtschaft Kartoffelkäufe getätigt, so hätte sie damit diese Aktion gestört. Sie habe es deshalb unterlassen. Erst nachdem die Aktion der Genossenschaften fehlschlagen sei, habe die Stadt Verusche gemacht, sich mit Kartoffeln einzudecken. Diese seien aber samt und sonders fehlschlagen. Die Landwirte weigerten sich mit der Angabe, sie hätten keine Kartoffeln. Dabei marschierten die Mietten auf wie die Stadtpolizei. Aus Schleien und Polen sei wegen der unsicheren politischen Verhältnisse nichts zu bekommen. Ebenso seien die Verusche des Beamtenbundes, von der Landwirtschaft Kartoffeln zu erhalten, mißlungen. Auch ihnen gegenüber habe sich die Landwirtschaft geweigert. Die Stadt sehe deshalb davon ab, sich mit Kartoffeln einzudecken. Wenn sie die höheren Preise zahle, so sanktionierte sie diese und treibe sie nur noch in die Höhe. Wenn aber die Landwirtschaft die Bevölkerung Hunger leiden lasse, so werde die Stadtverwaltung auch keinen Schritt tun, um die Ereignisse anzuhaken, die die notwendige Folge davon sind.

Oberbürgermeister Dr. Küß bemerkte: Wenn die Entwicklung so weiterginge, führe sie notwendigerweise zur Wiederherstellung der Zwangswirtschaft. Er sei für deren Aufhebung eingetreten, weil er angenommen habe, daß die Landwirte vernünftig sein würden. Er habe sich offenbar geirrt und habe nichts gegen die Wiedereinführung einzuwenden.

In der Aussprache wurde noch festgestellt, daß auch die Händler Wucherpreise fordern, und schließlich von den Sozialdemokraten erklärt: „Wir müssen jede Verantwortung für kommende Dinge ablehnen, wenn die Landwirte die Wucherpreise aufrechterhalten.“

Um die Versorgung des Bezirks Böbau mit Kartoffeln sicherzustellen, beschloß der Bezirksverband der Landwirte in der Amtshauptmannschaft Böbau eine freiwillige Umlage, und zwar pro Hektar Kartoffelanbaufläche von 1/2 bis 5/8 Hektar 50 Zentner, darüber hinaus 60 Zentner. Der Preis wurde mit 45 Mk. festgesetzt. Der Bezirksverband wird nunmehr mit Hilfe der Amtshauptmannschaft das Umlageverfahren einleiten. Der Beschluß soll für die ganze Herbstverorgung gelten.

Besprochen haben das die Zittauer Landwirte auch. Über gehalten ist es, wie die obigen Mitteilungen zeigen, nicht worden. Es ist die höchste Zeit, daß den Agrariern ganz energisch auf die Finger gesehen wird. Sich heute noch auf den guten Willen der Landwirte verlassen, ist eine kräftliche Nachsichtigkeit und zeugt von einer kaum glaublichen Verkennung dieser profitgierigen Kaste.

Sorgen um die Ausbildung der Beamten.

Die Deutsche Volkspartei, die sich seit kurzem so auffällig um die Beamten „sorgt“, hat eine „Lücke“ gefunden, die sie schleunigst beseitigen möchte. Die bürgerliche Presse meldet darüber:

„Die Behandlung der Fälle Rassel und Loge hat gezeigt, daß hinsichtlich der für die Einstellung von Beamten geltenden Bestimmungen eine bedenkliche Lücke zu bestehen scheint, eine Lücke, die gewissen Willkürakten der Regierung Tür und Tor zu öffnen geeignet ist. Justizminister Dr. Zeigler konnte beispielsweise erklären, daß ein „gesetzliches“ Hindernis für die Berufung Loges nicht vorhanden war, er hat sich aber darüber ausgesprochen, ob Bestimmungen bestehen, die solche Ernennungen ausfallen. Der Regierung wird beim Wiedereintritt des Landtages Gelegenheit gegeben werden, sich einmal darüber zu äußern, welche Bestimmungen hinsichtlich der sachlichen Vorbildung der Beamten überhaupt vorhanden sind, seien es Gesetze oder Verordnungen. Wie wir hören, wird die Deutsche Volkspartei einen Antrag einbringen, der bezweckt, durch Gesetz oder Verordnung die sachliche Eignung der Beamten in Zukunft sicherzustellen.“

Die Bürger und Genossen scheinen an der letzten Blamage noch nicht genug zu haben.

Eine fürchterliche Drohung.

Aus Dresden wird gemeldet: Die Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Berufsverbände des Veranlagungsgewerbes in Sachsen hat für die nächsten Tage ihre Vertreter nach Dresden berufen, um gegen die Steuerpolitik der Gemeinden Stellung zu nehmen. Ganz besonders sollen Beratungen darüber stattfinden, ob es nicht zweckmäßig sei, in sämtlichen Veranlagungslokalen die Maut so lange einzufrieren, bis die Gemeinden die hohen Luftfahrtssteuern sowie die öffentlichen Verkehrssteuern herabsetzen. Insbesondere wird auch die Schließung aller öffentlichen Veranstaltungsorten bis zur Herabsetzung der Steuern für fürchterliche Drohung wahr zu machen. Wenn sie es tun würden, so würde das zwar für die Gemeinden einen Ausfall bedeuten, aber dieser Schaden würde doppelt und dreifach dadurch aufgehoben, daß die sinnlose Verblödung auf den Landtagen endlich einmal etwas eingedämmt würde.

Die bürgerliche Einheitsfront in Dresden in Gefahr.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, hat beschlossen, mit einer eigenen Angestelltenliste in den Wahlkampf für das Stadtverordnetenkollegium einzutreten. Der Deutsche Mieterverein, der bekanntlich seinen Hauptstift in Dresden hat, ist von seiner Pflicht, ebenfalls eine eigene Liste aufzustellen, abgesehen. Es wurde aber beschlossen, die einzelnen Parteien zu befragen, wie sie sich zu den Mieterfragen stellen, damit man den Mitgliedern gegebenenfalls Parteien empfehlen könne.

Weniger Bebelinge im sächsischen Fleischergewerbe.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, hat das sächsische Wirtschaftsministerium für das Jahr 1922 bestimmt: In jedem Fleischerbetriebe darf nur ein Lehrling beschäftigt werden. Ausnahmen können von der Gewerkschaft nur auf gemeinschaftlichen Antrag der zuständigen Ämter und Gewerkschaften bewilligt werden. Mehr als zwei Bebelinge dürfen in keinem Betrieb beschäftigt werden. Schon vorhandene Lehrlinge dürfen ausgenommen werden.

Birna. Das Ministerium des Innern hat den von den städtischen Kollegien in Birna aufgestellten Antrag zum Ortsstatut wegen der Neuwahl der unbesoldeten Ratsmitglieder nicht genehmigt, da nach der Revidierten Städteordnung nur eine Drittelerneuerung zulässig sei. Der Ortsvorstand wurde beauftragt, deshalb in Gemeinschaft mit dem Stadtverordnetenvorsteher im Ministerium nochmals vorzulegen zu werden.

Meißen. Die Stadtverordneten beschlossen mit 19 gegen 18 Stimmen die Abschaffung der monarchistischen Straßennamen. Die Stimme des sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorstehers gab den Ausschlag für Annahme des Antrages.

Reichenbach. Der Stadtrat hat der Neuregelung der Veranlagungssteuer und der Einführung einer Beherrbergungssteuer zugestimmt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein internationales Bankangestellten-Sekretariat.

Anlässlich des Wiener Kongresses des Internationalen Bundes der Bankangestellten ist durch die Vertreter der Bankangestelltenorganisationen die Errichtung einer Zwischenstaatlichen Informationsstelle der freigewerkschaftlichen Bankangestelltenorganisationen mit dem Sitz in Berlin beschlossen worden, deren Zweck vornehmlich die Erzielung fortlaufender Informationen über den Stand der Bankangestelltenbewegung in den einzelnen Ländern sein soll. Sodann hat sie die Aufgabe, die Verschmelzung von Kongruenzverbänden innerhalb eines Tätigkeitsgebietes zu einheitlichen Organisationen auf freigewerkschaftlicher Grundlage zu fördern, sowie die Gründung von freigewerkschaftlichen Bankangestelltenorganisationen in jenen Ländern anzubahnen, wo solche noch nicht bestehen.

Nachdem inzwischen durch den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten (Berlin), den Verband der Bank- und Sparkassenbeamten in der Tschecho-Slowakischen Republik (Prag), den Benztinische Organiisationsgesellschaft (Budapest), den Reichsverband der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs (Wien), den Bund der Bank- und Sparkassengehilfen der Republik Österreich (Wien) die in Wien getroffenen Vereinbarungen der Delegierten bestätigt worden sind, hat mit dem 1. Oktober 1921 die Zwischenstaatliche Informationsstelle, die als internationales Sekretariat — unter Beibehaltung des Sitzes in Berlin — in den Rahmen des Internationalen Bundes der Bankangestellten (Amsterdam) eingegliedert werden soll, ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Geschäfte führt der Geschäftsführer des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten, Bruno Marx, Berlin.

Die Reaktion bei der Reichspost.

Nicht zum erstenmal konnten wir an dieser wie an anderer Stelle den Nachweis erbringen, daß in den Amtsstuben seit dem November 1918 sich nichts geändert hat. Wir waren vielmehr in der Lage, öfter den Nachweis zu erbringen, daß dort die Parasiten und Schädlinge des deutschen Wirtschaftslebens sitzen, daß dort gutbezahlte und langbezügliche Gehalts- und Poststrafe Tag für Tag brüten oder für sich brüten lassen, wie die wenigen Erregungsstoffe der Revolution illusorisch gemacht werden könnten.

Wenn man in sozialistischen Kreisen immer von Demokratisierung der Verwaltungen, Behörden usw. spricht, so darf man vor allem die Reichspost nicht vergessen. Gerade diese ist ein Hort und Schlupfwinkel für besonders reaktionäre Elemente; sie hehelt eine bedenkliche Zahl jünger Leute der Republik. Die Arbeiterschaft kann davon Beweise zur Genüge bringen, sie kann ein Liedlein von der Reaktion bei der Post singen. Schon der Rapp-Putsch brachte den Beweis. Wir erinnern nur hier in Leipzig an die strenge Telegammeln in Gemeinschaft mit den militärischen Eiddrechern zur Förderung der Unruhbewegung. Jede Anklage gegen diese Betrüger verließ aber nach den Rapptagen im Sande, und wehe demjenigen, der es wagte oder heute noch wagen sollte, gegen diese eiddreherischen Beamten Front zu machen, er verfiel unweigerlich der Klassenjustiz. Einen drastischen Beweis werden wir später an dieser Stelle vom Leipziger Fernsprechamt veröffentlichen.

Und gerade die Postarbeiterschaft, die sogenannten Posthelfer, die in den Tagen des Rapp-Putsches aber bei andern Gelegenheiten offen für die republikanische Verfassung eintraten, hat damit den Zorn und die Wut des reaktionären Beamtentums gegen sich heraufbeschworen und ist seitdem dauernder Verfolgung ausgesetzt. Unter dem Deckmantel der „überflüssigen Hilfskräfte“ und dem Hinweis auf die hohen Gehaltsbeiträge bei der Reichspostverwaltung hat man es bisher verstanden, einen großen Teil der Helfer hantlos zu machen, und man ist dabei, auch den letzten Rest auf die Straße zu jagen. Dann endlich wird die Reaktion wieder den Postbetrieb ganz allein für sich haben, dann wird sie die lästigen organisierten Aufpuffer los sein. Dies ist mit der Grund zu den Massenentlassungen der Post, und man mag nach so schöne Gründe gegen diese Behauptung anführen, die Reaktion hat es bisher immer noch verstanden, uns über ihre gemeinen Absichten hinwegzutäuschen. Daß man aber auch offensichtlich den Hinauswurf der Postarbeiter unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen bestreift, hat uns hier in Leipzig das Postamt 10, Hospitalstraße, bewiesen. Man wollte säubern und künzliche Schiantwege 30 Posthelfern, die zum Teil über und fünf Jahre im Betriebe tätig waren. Das Postamt 10 hielt es nicht für nötig, dem Betriebsrat auf Grund des § 74 des Betriebsrätegesetzes Kenntnis zu geben. Es war hier keine Kenntnis des Gesetzes, hier lag offensichtlich Sabotage seitens des Postamtes 10 vor. Der Betriebsrat wie die Organisation werden sich hier jedoch ihr Recht zu erkämpfen wissen, der Herr Staatsanwalt wird hier noch mitzureden haben. Die Postarbeiter sind nicht gebildet, sie erheben mit weit mehr Recht Anspruch auf ihren Arbeitsplatz als Duhende von Gehelmräulen, von denen sie wissen, daß diese an dem Elend des deutschen Volkes ein gut Teil Schuld tragen. Nicht genug damit, daß man den Betriebsrat umgeht, daß man die Grundrechte der Arbeitnehmerschaft sabotiert, das Postamt Lindenau versuchte zur Zeit den gesamten ihr unbehaglichen Betriebsrat auf die Straße zu jagen wegen angeblicher Ueberzähligkeit, obwohl dort noch 50 Postarbeiter beschäftigt sind. Nur immer munter weiter so! Dann schreien auch die andern Postämter Mut und können der neuesten Tat des Postamtes 2 sowie des Postamtes Gohlis folgen.

Meist denn je gilt es, hierauf das Augenmerk zu richten. Die Gewerkschaften haben bis jetzt alles getan, um den Massenent-

lassungen Einhalt zu gebieten. Die politischen Parteien müssen hier mit in Tätigkeit treten. Aus wirtschaftlichen Gründen sind diese Entlassungen nicht nötig, sie dienen nur der Stärkung der republikanischen Staatsform feindlich gestimmten Kreise innerhalb der Postverwaltung. Soll wirklich geparkt werden, so sollte man von oben anfangen; die Postarbeiterschaft wird gern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die politischen Parteien haben dahin zu wirken, daß die WiederEinstellung der bereits Entlassenen durch das Parlament verfügt wird und in Zukunft keine Entlassungen mehr vorkommen. Erst dann, wenn diese Postarbeiter im Reichsbetrieb bleiben, wird die Demokratisierung möglich sein. Gerade die Postarbeiterschaft, die den Beamtenwachstums stellt, ist berufen, freiheitliche, republikanische Ideen und Gedanken in die Reihen der jetzt noch zum großen Teil rückständigen Beamtenherrschaft hineinzutragen und damit unsere heutige Staatsform in den Beamtenkreisen zu fördern und zu festigen. Erjagen in dem freigewerkschaftlichen Gedanken, werden die Arbeiter die Beamten auffären, werden sie zu klassenbewußten Kämpfern erziehen. Dann werden auch die reaktionären Machtgelüste der Reaktion im Reichspostbetrieb im Reine erstickt werden und diese Herren, durch unsere eigenen Kräfte getrieben, baldigt von der Bildfläche verschwinden müssen.

Deutscher Verkehrsband.
Abteilung Post, Telegr. u. Fernspr. Personal.
Verwaltungsstelle Leipzig.

Lohnbewegung der Wächter der Leipziger Nach- und Schließgesellschaft.

Wie bekannt, waren die Wächter wegen Provozierung durch die Firma in den Streik getreten. Obwohl die Firma nur einen Stundenlohn von sage und schreibe 3,04 Mk. zahlte, schrie sie Feter und Mordio, als dies öffentlich bekanntgegeben wurde und plauderte, von Verleumdungen sprechen zu können. Wir überließen es dem Publikum, zu prüfen, ob unsere Angaben stimmten. Bis zum 30. September 1921 wurde bei zehnstündiger Nacharbeit und nur zwei freien Nächten pro Monat 850 Mk. gezahlt. Daran kann jeder den Stundenlohn errechnen. Daß bei diesen Löhnen absolut nicht auszukommen war, dürfte nicht bestritten werden. Würde doch vor wenigen Wochen noch die Firma vom Fürsorgeamt bzw. Armenamt aufgefordert, a n s t ä n d i g e Löhne zu zahlen, da die Frauen der Wächter bei dem geringen Lohn nicht auskämen und das Fürsorgeamt nachhelfen müsse. Trotzdem versuchte die Firma, eine Verschlechterung der bestehenden tariflichen Bestimmungen herbeizuführen. Als Antwort wurde einmütig die Arbeit niedergelegt. Auch danach lehnte zunächst die Firma jegliche Verhandlungen ab. Die Organisation wandte sich hierauf an den Demobilisationskommissar, um die Firma zu zwingen, zu verhandeln. Dieser Drude mußte sich die Firma fügen. Nach längeren Verhandlungen wurde ein Ergebnis erzielt, das eine durchschnittliche monatliche Erhöhung von 200 Mk. vorsah. Obwohl die Forderungen nicht ganz erfüllt waren, stimmten diesem Abkommen die Wächter zu, stellen aber keinen Zweifel darüber, daß, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich weiter so verschlechtern, neue Forderungen aufgestellt und durchgefochten würden.

Wir lassen im nachfolgenden die alten und die neuen Lohnsätze folgen:

	bei zwei freien Nächten pro Monat	30. 9. 21 monatlich	1. 10. 21 monatlich
Kontrollreue	1000 Mk.	1250 Mk.	1250 Mk.
Revierwächter	900	1150	1150
Springwächter	955	1220	1220
Separatwächter	—	—	—
8stündige Arbeitszeit	880	1110	1110
9	920	1140	1140
10	950	1190	1190
11	950	1240	1240

(Letztere Gruppe umfaßt nur zwei Mann.)
Unter den gegebenen Verhältnissen immerhin ein annehmbarer Erfolg, der nur der guten Organisation der Arbeiterschaft zu danken ist. Die Einigkeit der Arbeiterschaft innerhalb der Gewerkschaft vermag den stärksten Gegner auf die Knie zu zwingen. Das hat auch die Nach- und Schließgesellschaft erkannt.

Aus den eigenen Reihen der Wächter hatte sich nur einer, und zwar der Wächter Schuster, Windmühlenstraße, gefunden, der Streikarbeit leistete. Verwerflich ist die Handlungsweise des Angestellten Hoffmann, Sophienstraße, beschäftigt bei der Firma Ura Gebrüder, der am Tage seinem Beruf nachging und des Nachts Wächterdienste tat. Hoffmann ist Mitglied einer gelben Organisation und Mitglied der Orgesch. Das dürfte genug sagen! Wir aber merken uns solch feines Publikum.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Achtung, Bauarbeiter!

Die an der Arbeitseinstellung beteiligten Kollegen müssen ihre Verbandsbücher und Fragebogen bis spätestens Donnerstag, den 20. Oktober, bei der Streikleitung im Volkshaus persönlich oder durch die Baudelegierten abgeben.

Bei Unterlassung haben die Kollegen die Verzögerung der Unterstützungsauszahlung sich selbst zuzuschreiben.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Sächsische Kartellkonferenz.

Am 20. und 30. Oktober 1921 findet in Leipzig eine Konferenz der sächsischen Gewerkschaftsvereine statt. Wir wollen die circa 200 Delegierten in Privatlogis unterbringen.

Wir bitten alle Gewerkschaftsmitglieder, die ein Zimmer zur Verfügung stellen können, bis zum 21. Oktober ein Angebot mit Preis an das Gewerkschaftssekretariat, Gerberstraße 1, zu richten.
Gewerkschaftssekretariat Leipzig.

Einigung im Hamburger Buchdruckerstreik.

Durch den stellvertretenden Demobilisationskommissar wurden während der letzten Tage Verhandlungen geführt über die Beilegung des Streiks im Buchdruckgewerbe. Sie endeten mit einem Übereinkommen, dem bereits die Prinzipale gelegentlich der mit den Arbeitern und Buchbindern eingetretenen Verhandlungen zustimmten. Nach Wiederannahme der Arbeit am Montag soll am Dienstag die getroffene Vereinbarung zum Beschluß erhoben werden. Damit ist nach fast vierzehntägiger Dauer der Streik im Buchdruckgewerbe beigelegt.

Das neue Abkommen bringt den Buchdruckern Gleichstellung mit Berlin (eine dauernde wöchentliche Zulage von 8 Mk.) und für die nächsten 6 Wochen eine Sonderzulage von 210 Mk., zahlbar in drei Raten zu 70 Mk. am ersten Jahrtage nach dem 1. und 15. November. Für die Buchbinder gilt diese Sonderzulage bis zum Abschluß eines neuen tariflichen Lohnabkommens. Das alte Arbeitsverhältnis tritt in vollem Umfang wieder in Kraft. Maßregelungen irgendwelcher Art finden nicht statt.

Betriebswiederaufnahme der Höchster Farbwerke.

Der Betrieb in den Höchster Farbwerken ist Montagmorgen wieder aufgenommen worden. Es wurde bereits eine große Zahl von Arbeitern eingestellt. Weitere Einstellungen werden täglich folgen.

Die Halleische Eisenbahnergesellschaft für den Eintritt in den Proteststreik.

Am Montag fand in der Halleischen Eisenbahnhauptwerkstatt eine Urabstimmung über den Streik statt. Es stimmten 1087 für den Streik und etwa 200 gegen den Streik. Bei den Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Angestellten ist noch immer keine Einigung zustande gekommen.

Vor einem Streik der amerikanischen Eisenbahner.

Die amerikanischen Eisenbahngesellschaften beabsichtigen die Löhne der Eisenbahnarbeiter und -angestellten um zunächst 12 Prozent herabzusetzen. Daraufhin sahen die Arbeiter den Beschluß, am 30. Oktober in den Generalstreik zu treten.

Wenn die Aufforderung zum Eisenbahnerstreik in vollem Umfang befolgt wird, so werden am 30. Oktober über 1 1/2 Millionen Eisenbahnangestellte in den Ausstand treten und am 20. November etwa 2 Millionen Angestellte infolge der vollständigen Einstellung des Eisenbahndienstes feiern. Wie gemeldet, haben über 90 Prozent der Angestellten bereits für den Streik gestimmt. Während die Eisenbahngesellschaften in einer früheren Bekanntmachung eine 12 prozentige Lohnherabsetzung angekündigt haben, haben sie gestern bekannt, daß noch weitere Herabsetzungen notwendig seien.

Die Arbeiterführer erklären, daß dies der größte Streik in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein werde. Andererseits erklärte der Präsident der Chicago Great Western Railway, die Eisenbahnen würden trotz des Streiks imstande sein, ihren Dienst aufrechtzuerhalten, da das Publikum mit den Eisenbahnern nicht sympathisiere. Auch die Tribune sagt aus dem gleichen Grunde einen Mißerfolg des Streiks voraus. Das Blatt erklärt, das Publikum werde eine Aufrechterhaltung der Löhne der Eisenbahner auf der Höhe der Kriegslöhne nicht dulden, da ja sämtliche übrigen Angestelltenklassen eine Verminderung ihres Einkommens hätten hinnehmen müssen.

Das Arbeitsdepartement hat, um den drohenden Eisenbahnerstreik zu verhindern, verschiedene Vorschläge gemacht, wonach die Frachtraten der Eisenbahn entsprechend der Verminderung der Löhne, wie sie im Juli empfohlen wurde, herabgesetzt werden sollen. Ferner sollen die Eisenbahngesellschaften ihre Forderungen nach einer neuen Lohnvermindrung aufgeben und die Angestellten den Streikbefehl vorläufig zurückziehen. Inzwischen werden alle Vorbereitungen für den Ausbruch des Streiks getroffen. Für die Verteilung von Lebensmitteln in Newyork stehen 57 000 Lastautos zur Verfügung.

Berufungskalender.

Dienstag, den 18. Oktober.
Holzarbeiter, Mühlbrände, Volkshaus 1/5 Uhr.
Gemeinde- und Staatsarbeiter, Volkshaus 7 Uhr.
Metallarbeiter Südlich, Deutsches Haus 7 Uhr.
Metallarbeiter, Betriebsräte und Obleute, Volkshaus 7 Uhr.
Steinfeher, Volkshaus 7 Uhr.
Zementwaren- und Kunstseidenarbeiter, Bode 1/6 Uhr.
Mieterverein Marktstraße, Gute Quelle 1/8 Uhr.
Freie Sängerkörperschaft, Landhaus 1/7 Uhr.
Mittwoch, den 19. Oktober:
H.S.D. Alt-Leipzig, Süden, Volkshaus 8 Uhr.
Verb. d. Jungen- und Tuberkulose-Kranken, Volkshaus 7 Uhr.
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Nieraten ersichtlich.

Briefkasten.

G. B., Süd. Nach dem neuen Gesetz sind bis auf weiteres die Leistungen bei den Invaliden-, Kranken-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten um jährlich 600 Mk. erhöht. Eine Verschlechterung darf unter keinen Umständen eintreten. Erfolgt sie, so reichen Sie eine jährliche Beschwerde ein. Daß die Rente nur bis 1926 gehen soll, ist elender Schwach. Es muß im Gegenteil eine neue Erhöhung der Renten erfolgen.

Die beliebtesten Rotti-Fleischbrühwürfel sind in altbewährter Güte wieder zu haben. Verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich „Rotti“ Würfel.

Generalvertretung: Slemo & Co., Leipzig-Gohlis, Kaiser-Friedrich-Straße 38, Telephon 7523

Leipziger Palmen-Garten

Unsere herrlichen Säle stehen den geehrten Familien für Privatfestlichkeiten, Vereinen und Gesellschaften usw. zur Verfügung.
Zur Beachtung! Die Ein- und Ausgangsmöglichkeit an der Plagwitz Seite fällt ab 1. Oktober wochentags außer bei Veranstaltungen von 6 Uhr abends an weg.

Jetzt sehr preiswert!

Neu! Nr. 10. 80 d. 10.00 / Gebildet u. ungebildet. Sargent Nr. 17. 50 / Schwärze und graue Wolle. 10 Gebd. 12.00
Schürzen / Soldatendügel / Strümpfe / Handtücher / Toiletten / Seidenstoffe / Linon / Stangenrollen usw.
G. Götlicher, Leipzig, Lindenauer Str. 49 (Fein Baden)

Licht- und Naturheilverfahren

F. H. Geibler
Blutreinigungskuren, Sorgf. Behandlung. Vorausgehende gründl. Untersuchung der inneren Leiden mit Nachprüfung aus den Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12 3-5, Pfaffendorfer Str. 14.

Möbel gibts auf jeden Fall Reichlich jetzt und überall! Fragt Du auch, wie's damit steht?

In Bezug auf Qualität? Es ist leider nicht egal! Wie beim Kauf Du triffst die Wahl, willst bewahrt einbiegen gut Sei darum stets auf der Hut. Nobling hier, der liefert gut.
Bayerische Str. 32.

Sächsische Keks-Konfektfabrik

Vymilia
sind die
Keks
Ernst Schneider, Leipzig
Windmühlenstr. 42

Für Feinschmecker!

Stollen
Stück 2.50 und 5.— Mk.
Albert-Keks
aus Weizenmehl, 1/2 Pfd. 5.— Mk.
Schneidia-Semmel
4 Stück 1.— Mk.

Peter Schaller.

Von Frida Schwarz.

12]

Als Peter am andern Abend aus der Fabrik kam, war seine Frau fort. Also doch! Ein tiefes Aufatmen. Fast empfand er ein dankbares Gefühl für sie. Allein war er. Endlich! Und Peter litt es nicht in den Räumen. Er eilte hinaus, ließ durch unge Wassen, durch breite, schöne Straßen mit stolzen Häusern und blühenden Gärten. Und plötzlich war er wieder im Innern der Stadt angekommen und stand vor der hohen, finsternen Meiselaßerne, in der Fanny ihr Stübchen hatte.

Es trieb ihn hinauf zu ihr. In raschen Sprüngen war er oben. Er klopfte. Sie öffnete selbst und prallte zurück. Stregte abweichend die Hände aus. Er aber, sicher, stark und froh, achtete ihrer abweichenden Haltung nicht. Wie ein festgesicherter Eindringling stand er im Stübchen. Und hell und froh klang seine Stimme: Fanny, nun bin ich frei, sie ist von selbst gegangen! Wie ist das gekommen? Was haben Sie ihr getan? fragte sie in jähem Entsetzen.

Er hörte nicht, daß sie das abweisend kalte Sie beibehielt. Er sah nur das Aufklappen ihrer Augen, das Erglänzen ihres Gesichts und — deutete das zu seinen Gunsten.

Was ist ihr getan habe? Wie festhast du fragst! Sie hat sich selbst das Schlimmste angetan. Aber jetzt nicht! Nur jetzt nicht in Schmutz herumwühlen! Neben mir von uns, von unsrer Liebe!

Nein, ich will klar sehen, beharrte sie. Sie schwieg erst eine Weile. Vielleicht tragen doch Sie die Schuld, daß es so kommen mußte! Und nun — hinausgestoßen! Hätten Sie sie doch nicht bei sich behalten lassen? Sie wird nun immer tiefer sinken. Wie wird sie enden?

Und mit mir hast du kein Mitleid? Was ich geküßt habe, dafür hast du kein Wort? Aber nein, ich bin ja nicht zu demütigen, nein, nein. Jetzt kann ich mein Märchen zu Ende träumen, das du damals abbrachst, ehe es begann.

Fanny lächelte: Träumen! Ja, du unverbesserlicher Träumer und Schwärmer. Man muß dir gut sein, wenn man schließlich gar nicht will.

Ich höre nur, daß du mir gut bist. Du, jetzt soll das Leben ja erst beginnen. Mit dir — für dich. Du wirst mein Weib — sag, daß du mein Weib werden willst. Stürmisch umarmte er sie. Doch sanft machte sie sich frei.

Ja, warum soll ich leugnen. Ich habe dich lieb. Und ich will auch dein Weib werden, aber erst mußt du von deiner Frau geschieden sein. Und darum ist es auch besser, wenn wir bis dahin nicht mehr zusammenkommen. Deine Frau könnte dir auch Schwierigkeiten machen bei der Scheidung, wenn sie ahnt, daß du wieder heiraten willst.

Peter stand und blickte schweigend auf das Weib, das so läßt verständige Worte sprach. Zu läßt für sein helles Empfinden. Die Bogen seiner hochgepannten Erregung ebneten sich zurück und eine feile Bitterkeit wollte sich in ihm regen. Da kam er mit überwundenem Herzen, wollte schenken, verschwenden sein ganzes Sein für ein bühnen Liebe, ein bühnen Verständnis, und Worte, läßt verständige Worte wurden ihm zuteil — Steine statt Brot. Aber er wehrte sich gegen die Bitterkeit. Man oft hatten ihm Bitterkeit und lähmende Trauer, die bald zu müder Resignation wurden, die tiefsinken Quellen des Selns mit trübem Schlamm verstopft. Er wollte sich nicht mehr von Trübsinn beherrschen lassen. Ein Starker und Froher wollte er werden, der das Schicksal meisterte mit starker Hand.

Nun gut, sagte er. Du verdammt mich zur Einsamkeit, verweist mich auf das Später. Ich muß es ertragen und ich will hoffen, daß deine Liebe zu mir trotzdem nicht weniger groß ist, als wenn du mir jubelnd um den Hals gefallen wärest. Ich verstehe zwar deine kühle Belohntheit nicht, vielleicht, weil mich der Uebersehung meines Empfindens stets hintriß, mehr als mir gut war. Doch will ich warten und die Hoffnung wird mich dieses Warten freudig tragen lassen. Sie wird mir auch Kraft geben, das Buch zu schreiben, das ich so lange schon schreiben wollte, das Buch vom Land der Sehnsucht, das die Menschen sich in ihren Träumen aufbauen und das sie auf Erden errichten sollen. Und nun lebe wohl. Ich verspreche dir, dich nicht eher wiedersehen zu wollen, bis ich das Scheidungsurteil in Händen halte.

Und er ging mit dem festen Willen, sich ein neues Leben zu zimmern.

Er hielt sein Wort. Fanny war schon seit längerer Zeit in einer andern Fabrik beschäftigt. Vene war aus der Stadt verschollen. Aber sie würde sich schon eines Tages melden, wenn ihr jetziger Liebhaber ihrer überdrüssig war. Oder vielleicht, wenn sie wieder heiraten wollte. Es muß ihr doch selbst an der Scheidung gelegen sein.

Peter Schaller hatte nun viele einsame Stunden. Die Arbeitslosenerwerbend mied er, wurde noch wortfarger und verschlossener. An die Arbeit hatte er sich gewöhnt. Er war nicht mehr übermüdet, wenn er nach Hause kam. Sein Blut, seine Nerven schlangen wieder im Rhythmus eines großen Willens, das alle seine Lebensgeister mobilisierte und in wacher Spannung hielt.

Tausend Gestalten bildeten sich vor seinem Bild. Wilder hufschreitend wir durcheinander, sagenhafte Götter fliegen auf aus verwunschenen Meeren. Durchsichtig erschienen ihm die Menschen wie Glas und er sah ihre geheimsten Wünsche und Sehnsüchte. Gute, edle Pflanzen sprossen da im Innern des Menschen und wurden erstarkt von jäh wucherndem Unkraut. Boshheit, Neid, wilde Sinneslust und Goldgier schossen auf und er dachte an das Bibelwort: Das Dichten und Trachten der Menschen ist böse von Jugend auf. Nein und tausendmal nein! schrie es in ihm. Der Mensch ist gut, das Kind ist gut und kennt keine Boshheit. Was dann aus ihm wird, das bringt das Angeheuer zustande, das sich menschliche Gesellschaft nennt. Sie schafft Zerrbilder aus dem Menschen, daß sie ruhelos und frieblos werden. Genau wie die Tiere haufen die Menschen; der Stärkere frist den Schwachen. Es schlingt sich ein feiner roter Strom von einem Menschenherzen zum andern, von den Wünschen zur Erde und von der Erde zum Weltall. Dieser feine Strom, vom Herzblut befeuert lebendigen getränkt, ist die Liebe, die Menschheit und alle miteinander verbinden soll. Aus ihm zieht das Weltall, zieht die Natur, zieht die Menschheit ihre geheimsten Kräfte. Aber die meisten unter den Menschen haben dieses Band, das sie mit dem All und der Menschheit verknüpft, zerrissen. Es fehlt ihnen nun der Zusammenhang mit den Kräften des Alls. Darum wird ihr Geist matt, ihr Wollen krank, ihre Fröhlichkeit stirbt. Darum sind sie selbst elend und machen andre elend, beklagenswert in ihrer Schwäche wie in ihrer Macht. Das Kind ist nach verbunden mit den Kräften des Alls. Es jauchzt, wenn es die Sonne sieht. Es jauchzt den Blumen und Vögeln entgegen. Der große Mensch hat das Jauchzen verlernt. Es standen seit grauen Zeiten Menschen auf, die dieses Band nicht zerrissen hatten. Darum ragten sie gewaltig über ihre Zeit hinaus. Und in voller Gebetende wollten sie die Menschheit teilhaben lassen an ihren Schätzen. Sie verkündeten ihr das Gesetz der Liebe, das durch das Weltall schwingt. Sie wollten das Heil auf die Erde bringen. Gleichheit und Liebe lehren. Aber man schonte ihnen ihr Wollen schlecht. Sie wurden aus Kreuz genagelt, verbrannt und erschlagen. Und ihr hehrer Opsermut war nicht umsonst. In Tausenden und Abertausenden schoß die Saat auf, die sie gelaß. In Hunderten blühte sie und trug

Frucht, aber in Zehntausenden wurde sie erstarkt. Sie sängen es falsch an, die großen Heilslehrer. Sie kamen zu denen, die das Band schon zerrissen hatten. Will man eine neue Menschheit gründen, so muß man die Kinder nehmen, die gefunden, frohen, die gezeugt, wurden in einer glückseligsten Liebestunde. Denen muß man ein Land aufrichten, fernab von den Zwangseinrichtungen der Menschen. Dort muß man sie großziehen im Zusammenhang mit dem All, mit dem großen Viehes- und Lebensstrom, der auch noch durch ihre Körper pulst. Und diese werden wieder Kinder zeugen, erziehen in der gleichen Weise, und die werden sich dann die Welt erobern.

So sah Peter Schaller die Menschheit und deren Gesundung. Und die Gestalten hufschreitend vorüber an seinem Auge, ballten und entwirren sich wieder. Er zwang die Worte, daß sie sich ihm fügten. Sie konnten nicht Schritt halten mit den auf ihn einfließenden Gedanken. Aus übervollem Herzen schrieb er und schrieb in langen Nachtstunden, sich kaum den Schlämmern lösend. In solchen Stunden fühlte er sich selbst glücklich, fühlte sich in Harmonie mit dem Strome, der die Welt durchflutet. (Schluß folgt.)

Eine neue Krebsstheorie.

Schon häufig will man den Erreger des Krebses gefunden haben und ebenso häufig hat es sich als Irrtum herausgestellt. Mit diesem Vorbehalt berichtet v. Schnitzer in der Umschau über die neuesten Untersuchungen des Amerikaners Laphorn Smith, der in einer Sitzung der französisch-englisch-amerikanischen Krebsliga in Paris sich dahin ausgesprochen hat, daß der Krebs eine rein parasitäre Krankheit sei. Urheber sei eine Amöbe, cancer amoeba, Macroglossa, die in Seen, Gräben und Tümpeln vorkommt, bei deren Austrocknung sich zu einer festen Zelle verdrückt und so auch überwintert oder durch den Wind weitergeführt wird. Bei 37 Grad bildet sie eine körnige Masse. Solche körnigen, granulierenden Massen sind aus den mikroskopischen Krebspräparaten schon lange bekannt, sie wurden bisher aber als Zerfallsprodukte der Zellen angesprochen. Aufgenommen mit verunreinigtem Wasser oder gewissen Nahrungsmitteln, wie Salat, kann sie an irgendeiner wunden Stelle des Verdauungstraktes lange Zeit, ohne irgendwelche krankhaften Erscheinungen zu äußern, liegen, bis sie dann unter günstigen Bedingungen irgendeine Epithelzelle umfließt und mit ihren Fühlern gleichsam durchwuchert, schließlich sich ganz darin festsetzt und die Zellen aufreißt. Weitergreifend auf andre Zellen, bildet sich so das Krebsnest. Die Zellen der Umgebung vergrößern sich, nehmen Riesenform an, drücken auf die dem Krebsnest nächsten Zellen, deren Haut Chitin, ein stoffhaltiger Körper, der im Panzer insbesondere der Käfer, vorkommt, ausscheidet; sie wuchern nach dem Krebsnest hin (die bekannten Wucherungen, die man in der Umgebung bösartiger Geschwülste kennt). Daher die dicke, harte Beschaffenheit der Krebsgeschwulst, eine Selbsthilfe des Körpers, um die Krankheit zurück zu beschränken, wie wir sie auch bei der Verkalkung der tuberkulösen Herde finden, die aber nur selten von Erfolg begleitet ist, weil die Amöben diesen Ball durchdringen.

Die Amöben scheinen eine Vorliebe für Krebsgewebe zu haben. So erklärt es sich auch, daß sich der Magenkrebs in 70 Prozent aller Fälle auf dem Boden eines alten Magengeschwürs entwickelt. Smith gibt eine bemerkenswerte Uebersicht über die Sterblichkeit an Krebs hinsichtlich der einzelnen Organe. Danach sterben an Magenkrebs 40 Prozent, an Krebs der weiblichen Geschlechtsorgane 30 Prozent, der Leber 9 Prozent, der Eingeweide 6 Prozent, der Speiseröhre 5 Prozent, des Kehlkopfes 1 1/2 Prozent, der Junge 1 Prozent, der Schilddrüse, Lungen u. a. Organe 7 1/2 Prozent der Krebskranken. Durch die Smithsche Erklärung wird es auch verständlich, warum in manchen Gegenden die Sterblichkeit an Krebs 100 Prozent, in andern nur 10 Prozent beträgt. Shannon hat auch nachgewiesen, daß Krebs häufiger auftritt, wo man Fluß- und Seewasser trinkt, seltener, wo reines Quellwasser zur Verfügung steht. In Städten kommt er nach Hartmann häufiger vor als auf dem Lande. Für die ansteckende Herkunft spricht ferner die Tatsache, daß bei 90 Prozent aller Krebskranken in der Familie vorher kein Krebs vorkam, des weiteren die Ergebnisse, die man erhält, wenn man die Häuser, in denen Krebs-todesfälle vorkamen, mit in den Kreis der Betrachtung zieht. Die beste Vorbeugung besteht darin, durch soziale Maßnahmen alle Krebskranken möglichst frühzeitig zur Operation zu bringen; ferner bei Geburten alle Zerreißungen des Muttermundes möglichst zu umschneiden und zu nähen, um Narbenbildung zu verhindern. Bei nicht mehr zu heilenden Fällen sei, wie Smith hofft, durch Salvarsaninjektionen oder durch Verabreichung einer Verbindung von Quecksilber, Jod und Arsen Vinderung zu schaffen oder den tödlichen Ausgang wenigstens zu verzögern.

Kleine Chronik.

Schauspielhaus. (Wie es Euch gefällt.) Dies ist eine jener Komödien Shakespeares, die am ausgeprägtesten den romantischen Märchencharakter tragen. Und es will mir scheinen, daß wir trotz aller Verehrung für den englischen Dichterschatz all-gemein über die Stufe hinausgewachsen sind, wo derartiges noch ungetrübten Genuß bereitet. Wir sind nicht mehr naiv genug dafür. Ich glaube, daß unsre Theaterdirektoren darauf verzichten sollten, gerade dieses Stück wieder lebendig zu machen. Näher schon stehen uns jene Shakespeares-Komödien, die, wenn auch in fremdem Gewand, englisches Leben in Dürtheit und Lustigkeit widerspiegeln, wie: „Was wollt Ihr“ und andre. Eine gute Auf-führung kann freilich über vieles hinwegsehen und auch Ab-gehörbenden für eine stüchtige Weile wieder den Schein des Lebens verleihen. Aber so gut war die Vorstellung im Schauspielhaus nicht, so annehmbare Einzelheiten sie auch bot. Albert Martens gab einen frischen, treuherzigen Orlando, Alfred Wögel einen würdigen Adam, dem nur ein Schuß Weisheit zuviel in den Gliedern steckte. E. Lennarz und Dela Behren mühten sich lebhaft, die zwischen Lustigkeit und Traurigkeit amüßig tadelnden Herzogsdichterlein mit recht viel Schalkheit und Uebermut auszu-statten, wie es das Märchen verlangt. Aber sie haben es noch nicht bis zur völlig glaubhaften Natürlichkeit gebracht, man sieht noch zu viel Miße hinter ihren lustigen Sprüngen. Steiners philo-sophischer Melancholicus Jacques hatte eine leichte Note von Böh-heit, die eine Gefahr für die Gestalt dieses Sonderlings bedeutet. Somit hatte die Auffassung und Wiedergabe Reiz und Berech-tigung. Harts Merkel mimte den herabsehend verlesenen Varen Silius mit amüsanten Töppischeit. Die graulame Whoebe fand in Annemarie Klemann eine impotente Neugierlichkeit, das Ameri-kaner war auch nicht übel. Fröh Proft gab seinem Karren Groß-stein treues Herz und beneidliche Junge und Alfred Einde se- fundierte ihn wader als würdiger ländlicher Philosoph. Walter Reußler Oliver war ziemlich schlach gezeichnet und der Herzog Fischer-Streitmanns war etwas trocken und ohne rechte Würde. Kurt Paulus trat dagegen als Usupator um so gewichtiger auf. Er stampfte die Rolle mehr als daß er sie spielte; aber die über-treibende Masse und das entsprechende Spiel fallen in den Stil des Stückes, ebenso wie der fürchterlich anzusehende Preisinger Charles des Herrn Balqué, der das R zum Führen roßte.

Das Dekorationsproblem war sehr einfach durch eine künst- lerte Säulenhalle gelöst, die nach Bedarf Palast, Garten und Wald vorstellte und nur durch verschiedenartige Beleuchtung ge- wisse Akzente erhielt. Ganz glücklich kann ich diese Lösung nicht finden, aber vielleicht ist dieses Kompromiß bei den vielen Ver- wandlungen Shakespeares nicht zu umgehen, wenn man nicht andre Nachteile in Kauf nehmen will.

Die Aufführung war nicht bloß ein theatralisches, sondern auch ein literarisches Ereignis. Es lag ihr die Neuübersetzung Hans Kothes zugrunde, der sich das Ziel gesetzt hat, uns den Shakespeare unserer Zeit zu geben. Ein Stück, wie dieses, ist freilich nicht sehr geeignet, den Prüfstein abzugeben, ob dieses hohe Ziel erreicht wird. Jedenfalls aber kann man so viel sagen, daß die Kothsche Uebersetzung gegenüber der in einzelnen Teilen doch schon sehr allfänglich amüßenden Schlegelschen wertvolle Vor-züge hat. Ein abschließendes Urteil wird verlangt werden müssen bis mehr von ihr vorliegt. H. B.

Neues Theater. In Carmen hat Felix Kleischer Jancaz die Rolle des Escamillo übernommen. Seine Figur macht ihn hierzu sehr geeignet, doch fehlt ihm noch in Stimme und Spiel der Schwung, der die Figur dieses spanischen Auszeichners muß. Der berühmte Torero-Marsch blieb etwas matt und an Stelle der Geschmeidigkeit des Toreros erschien mehr eine etwas edle Gestikulation. Allerdings mag ein Aufkommen gegenüber der Glanzleistung seines Gegenpielers Hans Lichmann als José recht schwer sein.

Konzerte. Jean Manen, der im Festale des Neuen Nat- hauses ein Violin-Konzert gab, ist als einer der ersten Geiger unrer Zeit bekannt. Auch dieser Abend bewies wieder, daß hier ein Künstler vor uns steht, der zur Anerkennung seiner Eigenart unbedingt zwingt. Im allgemeinen liegt uns die süße Sinnlich- keit, mit der des Spaniers Spiel bestrickt, weniger als die gewisse herbe Strenge, die wir vor allem an der klassischen und vorklassi- schen Musik so sehr lieben. Manen bringt es seiner Kunst, durch den Bereich seines Tones und die ständige Anmut seiner Auffassung selbst solche Stücke in eine derartige Gefälligkeit für das Ohr zu tauchen, daß man ihren eigentlichen Charakter vergißt. Man steht einer so einheitlichen und abgerundeten Künstlerpersönlichkeit gegenüber, daß man sich trotz anfänglichen Zweifels bald ganz dem Zauber dieses Spieles hingibt. Die Partnerin am Klavier, Fura Lago, ist dem Geiger eine vollwertige Begeleiterin, die auf die feinsten Regungen seines Empfindens einzugehen versteht. — Max Bauer spielte, ebenfalls im Neuen Rathaus, klassische und romantische Klaviermusik. Was man an ihm bemerkt, ist keine meisterliche Technik, die ihm reiche Klangmöglichkeiten er- schließt. Es ist tößlich zu hören, wie er das feinste Sphärenwerk von Laufen neben wuchtige Akkorde zu setzen vermag. Was ihm aber fehlt, ist eine gewisse Wärme, jene feinste Differenzierung des einen Tones vom andern, die kaum hörbar, aber doch deut- lich musikalisch fühlbar ist, und die dem Spiel erst die Seele gibt, die den Hörer ganz in Bann schlägt. Die Ausführung blieb so zu objektiv, und man wurde trotz der Bewunderung für die technische Leistung nicht recht warm bei diesem Spiel. Pz.

Tanzabend Vera Waldheim. Auch dieser Tanzabend ver- machte das Urteil, daß Vera Waldheim noch nicht auf das Tanz- podium gehört, nicht unzufolge. Sie ist originell in ihren Indi- viduell-aprizierten Einfällen, die oft etwas zwingend Groteskes an sich haben, und verfügt über eine unverkennende Technik. Aber dies genügt noch nicht, um einen Tanzabend zu gestalten. Alles, was hinausgeht über die durch ihr Alter gesteckten Grenzen, wirkt künstlich, wird Pose und Pantomime. Man darf hoffen, die Tänze- rin in vier bis fünf Jahren einmal wiederzusehen. Pz.

Städtische Theater. Die Aufführungen von Franz Werfels Spiegelmann im Alten Theater beginnen vom Dienstag, dem 18. Oktober ab um 7 Uhr.

Heute, Dienstag, den 18. Oktober, singt Mizzi Berger in der Fokingssee zum ersten Male die Partie der Fürstin Alexandra Maria.

Am Mittwoch, dem 19. Oktober, singt Ernestine Färber- Straßer zum ersten Male die Herodias in Salome.

Städtische Theater. Die Vorstellung im Neuen Theater, Solome, beginnt um 7 Uhr, Einlaß 1/2 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Im Alten Theater beginnt die Vorstellung des Spiegelmann am Donnerstag um 7 Uhr.

Schauspielhaus. Die Erstaufführung von Sternheims Hofe findet erst am kommenden Dienstag statt. Am Freitag werden in Abänderung des Spielplans die Benediktischen Lustspiele Die Hochzeitstorte und Die Dienstboten gegeben.

Kleines Theater. Am Donnerstag und Sonnabend spielt Max Fallenberg zum ersten Male in Leipzig den Harpagon im „Geizigen“ von Moliere in der Uebersetzung und Bearbeitung Carl Sternheims, und zwar in einer neuen heissen Fassung, die er noch nicht gespielt hat. — An den andern Tagen der Woche wird „Familie Schimmel“ mit Fallenberg als Jawabill gegeben.

Kleines Theater. Die Erstaufführung von Der Geizige mit Max Fallenberg findet erst am Sonnabend, dem 22. Oktober, statt. Der Künstler hat sein Gastspiel verlängert und tritt am 1. November nochmals in Familie Schimmel und am 4. November in Der Geizige auf. Die für die Vorstellung Der Geizige am Donnerstag, 20. Oktober, gelösten Karten behalten ihre Gültig- keit, für den 4. November. Die Spieländerung ist also wie folgt: 18. Oktober bis 21. Oktober, Familie Schimmel. 22. Oktober Der Geizige. 23. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, Chitra, abends Familie Schimmel. 1. November, Familie Schimmel. 4. November, Der Geizige.

Die Vorstellungen beginnen ab Dienstag, den 18. Oktober täglich um 7 1/2 Uhr, worauf hierdurch besonders hingewiesen wird.

Papa Kleiner Märchenstücke im Handelshof, Grimmaische Straße. Dienstag, 18. Oktober: Der kleine Muddi. Mittwoch 18. Oktober: Der kleine Muddi. Donnerstag 19. Oktober: Der kleine Muddi. Freitag, 20. Oktober: Der kleine Muddi. Sonnabend geschlossen. Sonntag 21. Oktober: Der kleine Muddi.

Leipziger Puppenstücke (Dir. Jol. Bück). Ab Dienstag, den 18. d. M., gelangt abends 8 Uhr Prinz Melchisedek zur Auf- führung. Das alte Spiel behandelt das alte Motiv, auf das Schind und Jau und der Verwandte Bauer Holbergs aufgebaut ist. Nachmittags geht das Märchenstück Der starke Kaiser in Szene, das ebenfalls die Lachmuskel anreizt.

Leipziger Puppenstücke, Pfaffenwörder Str. 14. Wegen des großen Andranges zu den Kinderveranstaltungen finden Mittwochs bei kleinen Preisen zwei große Kinderveranstaltungen statt, und zwar außer um 5 Uhr auch bereits um 1/2 Uhr. Es wird ge- beten, die Eintrittskarten möglichst im Vorverkauf (11—1/2 Uhr) zu lösen.

Eine Ausstellung neuer kirchlicher Kunst wird aus Anlaß einer Tagung für evangelisch-kirchliche Kunst vom 17. bis 19. Ok- tober im Grassi-Museum veranstaltet. Der Eintritt ist frei, die Besuchszeit von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Neues Theater.

Augustusplatz. (Nachdruck verboten.) Dienstag, den 18. Oktober 1921. Die Anrede-Vorstellung (2. Folge) Das Glöckchen des Eremiten.

Alles Theater.

Richter-Bagner-Platz. (Nachdruck verboten.) Dienstag, den 18. Oktober 1921. Öffentliche Vorlesung - Ausweis Schillervereins. Spiegelmensch.

Bapa Kleiner Märchenpiele Handelshof. Jeden Nachmittag 1/2 Uhr: Kinder-Vorstellung. Dienstag und Donnerstag: Der kleine Muckl.

Krystall-Palast. Täglich abends 1/8 Uhr: Fiametta Hildegarde. Klassische Tanzkünstlerin.

Ballenberg. Varieté Tel. 1370 Theater. Anfang 8 Uhr. Verlangertes Gastspiel des Leipziger Liebling Gustav Bertram.

KORSO. Vornehm behagliches Kaffeehaus am Augustusplatz. Tägl. Künstlerkonzert.

Goldene Krone, Connewitz. Morgen 7 Uhr Sonder-Ganz-Abend. Ball-Orchester Neumann, sowie Original-Jazz-Band.

Gesellschaftshaus Schönefeld. Mittwoch: Grosses Oktober-Fest. Ende 17. Stimmungsvol. Betrieb. 9 Uhr: Kontor.

Goldner Adler, Lindenau. Tel. 43127. Inh.: Franz Sverling. Morgen: Mittwochs-Ball.



Henko. Henkel's Wasch- und Bleich-Soda. unentbehrlich für Wäsche und Hausputz. Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

Neuer Gasthof Gohlis. Heute ab 1/7 Uhr: Großer Elite-Ball.

Mätzschkers Festsäle. L.-Kleinzschocher. Inh.: E. Baumann. Fernspr. 40875. Morgen Mittwoch, 7 Uhr: Elite-Ball-Abend.

Skatspieler finden ab 2 Uhr. W. Schäfer, Berliner Str. 20. Kognak-Jamaica-Rum.

Moderne Geschäftsdrucksachen. Jeder Art fertig. Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Vermischte Einzelgen. Fische bis 500 M. Marder 2000 M. Iltisse 250 M. Kanin 18 M. Hasen 20 M.

Lichtspiele Zschocher. Telefon 40960. Inhaber: M. Raschke. Ab Dienstag bis Donnerstag: Stuart Webbs Der Sprung ins Dunkel.

LINDENAUER LICHTSPIELHAUS. Was rennt das Volk, was wälzt sich dort die Lützner Strasse brausend fort? Der Unmensch.

Neues Operellen-Theater. (Nachdruck verboten.) Dienstag, den 18. Oktober 1921. Die Faidingssee.

Leipziger Schauspielhaus. (Nachdruck verboten.) Dienstag, den 18. Oktober, abends 6 Uhr. Faust.

Alteins Theater. (Nachdruck verboten.) Dienstag, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Familie Schmeck.

Leipziger Puppenpiele. Am Alten Theater. Mittwoch, 19. Oktober.

Drei Linden. Täglich abends 1/8 Uhr. Der einzig dastehende Varieté-Spielplan.

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 43543). Th. Althoff, Petersstr. 10.

Apollo-Varieté. direkt am Dayrischen Bahnhof. Täglich abends 1/8 Uhr: Wie Polarsterne.

Birkenschlößchen Wahren. Mittwoch, d. 19. Okt., von 7 Uhr abends ab. Großer Hausschmaus mit Ball.

Weigler-Liköre. dürften in keinem Lokale fehlen! A. Weigler, Leipzig.

KÖNIGS-PAVILLON

Promenadenstrasse 8

Nur noch bis Donnerstag!
Trotz des grossen Anklangs beim voröhr. Publikum Verlängerung unmöglich!

Der Roman der Christine von Herre

in 6 Kapiteln

Dieser an Schönheit in Darstellung und Ausstattung reiche Film wird von der strengen Kritik in den Tageszeitungen als einer der bedeutendsten dieser Saison mit Recht gepriesen.

Versäumen Sie nicht den Besuch.

KASINO-LICHTSPIELE

Neumarkt 21

Nur noch 3 Tage!

Das mit so ungemeinem Beifall aufgenommene Drama in 6 Akten

Die schwarze Pantherin

Ferner das köstliche 3aktige Lustspiel:

„Tante Bella muss rutschen.“

Weisse Wand

Beginn 4 Uhr Ende 11 Uhr

Ab heute bis Donnerstag!
Vorstellung für Erwachsene ab 4 Uhr:

Schloss Vogelöd

Nach dem bekannten Roman von Rudolph Stratz in der Berliner Illustrierten.
5 glänzende Abteilungen

30 Tage auf dem Meeresgrunde

oder:

Die Frau im Delphin

Gewaltiges Sensationsdrama mit der dänischen Artistin Panovata.
5 sensationelle Akte

Herren-Garderobe

Billige
Großer Gelegenheitskauf für Herren, Jünglinge und Knaben. Teilweise weit unter heutigem Preis! Habe einen großen Restposten neu Schläpfer / Ulster / Paletots / Anzüge Cutaways / Hosen (Nur gute Qualitäten) aufgekauft und verkaufe diese einzeln auffallend billig.

Gummimäntel / Pelertinen / Joppen in großer Auswahl!
Bitte um Besichtigung, ohne Kaufzwang!
J. Kindermann Neumarkt 1, I. Et. „Kein Laden.“
Seit 41 Jahren bestehend.

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.



Kleiner Anzeiger
Verkäufe
Habe neu und getragene Anzüge à 180.— Mark
Hosen à 40.— Mark
Ulster à 65.— Mark
nur aus prima Stoffen
Gummimäntel
Joppen.....
Schuhe usw. 1*

U.T. Connwitz
Pogauer Straße 12a, am Kreuz.
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
Nur das Gute bricht sich Bahn!

Goliath Armstrong
Der Herkules der schwarzen Berge
VI. und letzter Teil
„Entlarvt“
6 gewaltige Akte
In der Hauptrolle: Eimar Lincoln.
Außerdem:
„Seebär auf Freite“
Eine Mönchsguter Geschichte in 2 Akten. — Ferner:
Prof. Rehbein entführt seine Braut
Schwank in 1 Akt mit Leo Peukert in der Hauptrolle.
Einlass: 5.30 Uhr. Beginn: Punkt 6 Uhr.
Musik: Das hellste Künstler-Quartett.

Kanner Eisenbahnstraße 5.
Ausschneiden!
Anzüge
Palotots, Schläpfer
Cutaway, Gehrock
spottbillig, bar und
Teilzahlung!
Marlin Hahn
Johannisplatz 8
(hinter d. Kirche) und
Demmeringstr. 72, II. I.
u. Lange Str. 10, I.

Balait-Theater, L.-Gohlis
Sindenthaler Straße 41.
III. Goldwyn-Film:
Zwischen zwei Welten
oder Das Geheimnis von San Franzisko
Grandioses Sitten- und Liebesdrama
aus dem Reich der Sonne in 6 Akten.
Leo Peukert in
Der Herr Impresario
Fikantes Liebespiel in 4 Akten.
Schwergewichtsmolterschaften des
A.-Sp.-V. Sportklub in 2 Akten.

Anzüge
Manchester - Joppen
feldgrau - Manchester
engl. Leder
verkauft billig
Barth
Grosse Fleischergasse 1.
Spottbillig!
Getragene und neue
Ulster
Schläpfer
Anzüge
Hosen
Militär-
gestreifte
schwarze
Arbeiter-
nur prima Qualitäten u.
a. sämtliche Schuhwaren
kaufen Sie wie altbe-
kannt beim billigen
Kanner
nur Eisenbahnstr. 5.
Keine Füllalon.
Blusen und Kleider
modern, billig zu verkaufen
Kohlschützenstraße 12, pt. I. fs.

Licht-UT-Spiele
Unwiderruflich nur noch 2 Tage
das mit grossem Beifall aufgenommene
10 Akte Doppel-Programm 10 Akte
Der vielgelesene H. Courts-Mahler-Roman
Deines Bruders Weib
5 Akte sowie 5 Akte
Der Silberkönig IV. Teil
mit
5 Akte Bruno Kastner 5 Akte
Eva Später, Karl Platen
Einlass 3 1/2 Uhr
Anfang 4 Uhr
Durchgang
Riebeckbräu
Im Herzen der Stadt

Licht-UT-Spiele
Voranzeige Ab Donnerstag
11 Akte Gr. Doppel-Programm 11 Akte
Marija Leiko
in
Das Glück der Irren
oder
Verschmähte Liebe
5 Akte Sittenschauspiel 5 Akte
Ferner
Die grosse Paul Heidemann-Premiere
Baron Boney's Erlebnisse
1. Teil.
In der Hauptrolle
Paul Heidemann
und Carola Tölle
5 Akte.
Durchgang
Riebeckbräu
Im Herzen der Stadt

Luna-Lichtspiele
L.-Eutr., Schleibstr.
Nur bis Donnerstag! Anfang 6 und 8 1/2 Uhr
Das 13aktige Riesen-Doppel-Programm!
Die Geier-Wally
mit Kenny Porten.
Ferner: Der Raubtier-Sensations-Großfilm
Der Herr der Bestien.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Tüchtige Hütenmacher
heißt ein Hermann Reubert & Co., Leipzig-Plagwitz,
Weissenfelder Straße 1.
Geübter

Warm-Vulkanisierer
für technische Gummiwaren in hiesige Gummiwarenfabrik
geüht. Offerten unter K 25 an d. Expedition d. Bl. erb.
Maurer stellt ein
G. Teitz, Baugeschäft
Lindenthal, Bahnhofstr. 6.
Tüchtiger
Befähigungsmied
lofort gesucht
Brandenburger Str. 6.
Schleifer
für Lohnveredelung gesucht
Behmann & Co., Burgstr. 20.
Saub. Aufwartung
gesucht u. netto Lindenbagn,
Blauw., Sünderstraße 28.

Frau für täglich vormit-
tags 3 Stunden als
Aufwartung gef. Bor-
hell, nur vorm. Bennemann,
Gohlis, Rothringstr. 41.
Aufwartung i. Dienstag u.
Freit. 8-10 Uhr
nei. Co., Matildenstr. 5, I.
Aufwartung für nachm. gef.
Rothringstr. 41, Grünw. 48.

Verkäufe
Kopfschmerz!
Lassen Sie Ihre Augen
kostenlos untersuchen!
Brillen-Krüger
Leipzig
Barfußgasse 15.
1 Somm.-u. 1 Winterüberzieh.
u. 1 Schleich. Knochentr. 16, I.
Wintermantel, leicht, zu ver-
kaufen Alexanderstr. 1, II. I.

Sport- und Berufs-Kleidung
solid und billigst
Ulster :: Gummi-Mäntel :: Wäsche
Jackett-Anzüge
Maurer- u. Schlosser-, Wasch- u.
Zeitplan-Anzüge, Lötter-, Eisen-
bahn-, Floischer- und Konditor-Jacken
Anzüge, allgrau, hell- und silber-
grau, auch für Burschen und Knaben
feldgrau ab Mk. 85.—, Arbeits-Hosen ab Mk. 45.—,
Manchester- und Ledertuchhosen, Kellner-,
Dienst- und gestreifte Hosen
Manchester
Sport- und Reit-Hosen
feldgrau, kariert
Mützen in großer Auswahl ab Mk. 15.—
Leder ab Mk. 85.—
braun, schwarz, Wickelgam., Stutzen
Gamaschen
Walter Fritzsche
Kurprinzstraße 22 Leipzig
Reudnitz, Frommannstraße 12 | Lindenau, Henricstraße 6

Gardinen
Wilde Muster, billig
Reichsstraße 16, 1.
Tischel
Bortelbarte Bezugswelle,
n. Gerberstr. 5, I. Oberbinger,
fein Laden, gegründet 1899.
Gebürt. Bildhauer, Berlin,
Koblenz, Zentr. Bettl. m. 30.
Rudolph, Sternwartenstr. 43.

Nähm., a. Teils, beste Marke,
Schleif. V., Siemensstr. 8.
Köhler-Nähmaschine, ather-
gutnähend, billig an verfi.
Lindenau, Birkenstr. 8, pt. r.
Fahrräder
Gummi, Zubehör, *
Reparaturen
fachmännisch u. preiswert
KODI, Eisenstraße 9.
5. Rad m. Refl., auterb., mit
Lu Gummil., sehr bill. Trobler,
Lindenau, Birkenstr. 8, pt. r.
2 Kinderwagen, elg., n. prima
Gummi, 180 u. 200 g., Klapp-
stuhl Lind. Birkenstr. 8, pt. r.
2 Kinderwagen, gebr., zu verk.
Anner, Röllnerstr. 27, IV. 91
2 Sport- u. Kinderwagen, mod.,
u. Kilde, 7 Teil, 500, Beitz m.
a. 20, b. 21, Cranachstr. 1a, pt. r.
Wassmannen, Brühlstr. 2.
Für Zigarrenmacher!
Bridelormen
gebraucht, preiswert
u. verk. Sell, Paulinenstr. 13
Preis-Menge zu verkaufen,
Lindenau Kattierstr. 36, II. r.
Wohnung für Viehhaber, 3 Zim.,
1026, alte Schott, Schäferstr.
leht hart u. wach, Poststr.,
60. u. Lind., Birkenstr. 8, pt. r.

Fahrräder
Kaufgeuche
Kaufe Herren-Garderobe,
Militär-Gachen 1*
Gehrock - Anzüge, Betten,
Bett- u. Leibw., Viehhäusch.,
Militär-Stiefel und Schuhe,
Kant., Mantelische Gasse 6, pt.
Straßenbahn b. Battenberg.
Gehrock-Anzüge und alle
Herren-garderobe kauft stets
Johannisplatz 8 (h. d. Kirche)
u. Demmeringstr. 72, II. I. *
Alt. Gold u. alt. Silber
Platin, Uhren, Ketten, Ringe
kauft Max Israel, Uhrn.
Promenadenstr. 5, Rad. *
Taschen-Uhren kauft
Uhrmacher Urban
Spezialist für Reparaturen
Wächterstraße 26. *
Wassmannen alten Bl.
Stid. Sommerfeld Str. 21 II. I. *
Seremias, Stötterstr. 9. *
Gedr. u. def. Nähmasch. kauft
Stid. Sommerfeld Str. 21 II. I. *
D. u. S. Rad f. lets Isotari
Kohlschützenstr. 41, II. I. 61734
Güterb. Promenadenwagen
z. kauf. gef. Off. m. Preisang.
Weller, Gläntzer Str. 14, IV
Felle aller Art kauft 1*
Berge, Brühl 8, 5
21., Angerstr. 51, II

Neues Unternehmen sucht per sofort erstklassigen
Färber-Meister
der in der Rauchwarenfärberei durchaus bewandert ist,
bei hob. Gehalt u. Gewinnbeteiligung. Off. P 24 Exp. d. Bl.